

Helfferrich

Von Kurt Heinig

In dem Nachruf auf Erzberger, den seinerzeit die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ gegen die Bahre des Ermordeten schleuderte, wurde behauptet, er habe die Waffenstillstandsbedingungen unterschrieben in „zielbewußter teuflischer Absicht, um die Hohenzollern in den Abgrund zu stoßen“ Helfferrich, der den Boden für die politische Schmutzschicht um Erzberger mit bereitet hat, aus dem wie eine Giftblase jene Verleumdung der schwerindustriellen Gazette aufbrach, fand bei seinem Tode eine bessere Presse.

Warum wir das betonen? Weil die reaktionären Blätter sich, einigermaßen künstlich, darüber aufregen, daß nicht jedermann bedingungslos ihr durch das blinde Schicksal zerstörte Ideal wenigstens im Nachruf mit anbetet. Dem größten derartigen Zeitungsschmalzlieferanten, dem Leitartikler des „Berliner Lokal-Anzeigers“, Hussong, genügte es nicht einmal, daß sogar die Redaktion des „Ulke“, also der Narr, sich vor dem Toten ernst verneigte. Nun ja, Größenwahn ist eine Berufskrankheit der Nationalisten.

Sicher ist Helfferrichs Tod für die Deutschnationalen das größte Unglück. Das wird erst richtig eingeschätzt, wenn man Helfferrichs führende Kampfgenossen genauer betrachtet. Was war und ist doch jener zappelnde und in der Erregung der Debatte Gesichter schneidende Hergt für eine preußische Mittelmäßigkeit gegenüber dem andern, der, äußerlich eiskalt und kalkweiß, sich den Zuruf „Mörder“ im Reichstagsplenum ins Gesicht werfen ließ und ihn einsteckte!

In diesem Manne lebte starke Energie, die sich nahezu restlos in Arbeitsbesessenheit und lieblosen Haß umformte. Die Rastlosigkeit des Halbgenialen peitschte Helfferrich durchs Leben. Was ist er doch nicht alles gewesen: Professor und Dozent, Vortragender Rat, Geldtheoretiker, Geschäftsorganisator und Bankdirektor, Staatssekretär und Parteiführer.

Unterstützt wurde Helfferrich auf seiner Laufbahn durch starke natürliche Begabung. Er begriff alles, was er anfaßte. Kamen im Reichstag neue Gesetzentwürfe in die Hände der Abgeordneten, so gehörte er zu den ersten, die sie beherrschten, die ihre eigene Stellung dazu formulierten, journalistisch auswerteten. Als Repräsentant des Privatkapitals hat er überall mit gleich rascher Sicherheit gesehen, verstanden und Vorteile erhandelt. Dazu kam eine starke Kombinationsgabe, die die unentbehrlichste, leider auch die seltenste Begabung unter den Politikern ist. Helfferrich war ein guter Mathematiker, er verstand es wie der Schachspieler, Züge weit voraus in seine Rechnung einzustellen. Den bösesten Beweis für diese Fähigkeit erbrachte er im Prozeß gegen Erzberger. Es war ein grausames Erleben, zuzusehen, wie er dem mit mehr Moral und politischer Anständigkeit belasteten Gegner skrupellos Falle um Falle stellte, weit voraus Schlingen legte und alle sonstigen Imponderabilien jener bekannten Jagd der Frau

Justitia nach Gerechtigkeit bis auf die psychologische Einstellung der Richter kannte und nutzte. Er siegte, weil er durch weniger Charakter der Stärkere war.

Die Bedenkenlosigkeit im politischen Kampf, den Fanatismus des Hasses, keiner hat ihn so kultiviert wie Helfferich. Er scheute sich ebensowenig, seine Ueberlegenheit, die spielerische Sicherheit der besonderen Befähigung, skrupellos zu konstruktiven, scheinbar restlos fundierten Nachrechnungen, Gegenvorschlägen, Aufstellungen auszunutzen, wie er auch vor unüberwindlichen Hindernissen plötzlich auswich, alles scheinbar vergaß, was von ihm gesagt und getan worden, um eine neue politische Linie einzuschlagen.

Es drängt sich in dieser Hinsicht der Vergleich Helfferichs mit Stinnes auf. Wir wollen ihn nur nach einer Seite hin ausspinnen.

Die Anhänger von Hugo Stinnes meinen, er sei aus der Arbeit herausgerissen worden in dem Augenblick, wo ihm die Früchte seiner Arbeit entgegenreiften, deren Ernte erst das große, das endgültige Lebenswerk gestalten sollte. Die politischen Freunde Helfferichs meinen, dieser sei widersinnig ausgelöscht worden in einem Augenblick, da er bald nicht mehr hinter der Reichsbank, hinter dem Wirtschafts- und Finanzministerium, gewissermaßen vom Schnürboden der politischen Bühne aus zu arbeiten nötig gehabt hätte, sondern auf dem Wege war, im Scheinwerferlicht der ganzen Welt, als erwählter Führer und Retter Deutschlands zu regieren und zu leiten.

Wie wenig die Menschen ihr eigenes Schicksal begreifen! Helfferich und Stinnes sind doch durch den Tod daran verhindert worden, die große Enttäuschung ihres Lebenswerks, die Zertrümmerung ihrer Hoffnungen, den schwarzen Strich durch ihre falsche Rechnung zu erleben. Das wird richtig verständlich, wenn sie beide mit Ludendorff verglichen werden. Dessen Fehler ist doch, daß er für seinen Nachruhm selbst sorgen, daß er selbst von Walhall reden muß, weil sonst niemand daran denkt, daß er sich als Generalstabschef nicht abbauen lassen will, obwohl diese seine Tätigkeit schon längst der Geschichte angehört. Wer Ludendorffs Photographie nach der Münchener Urteils-„findung“ genauer betrachtet, dem zwingt jene etwas fett gewordene Physiognomie hundertprozentigen Selbstbewußtseins doch nur noch ein leises Lächeln ab. General Hinlegen ist längst tot, er weiß es bloß noch nicht.

Helfferich stand vor den größten Enttäuschungen seines Lebens. Er wäre auch durch den 4. Mai nicht der Herr Deutschlands geworden, und wäre er es durch einen eben solchen zusammenhanglosen Zufall, wie sein Tod einer ist, doch geworden, so hätte er — Erfüllungspolitik treiben müssen. Ebenso hätte Stinnes, wäre er am Leben geblieben, seinen Riesenturm einreißen müssen. Weniger im Fundament — Kohle, Eisen, Verkehr —, mehr aber im Gebälk sitzt Ersatz: Papiermark, Inflationsmasse. Es gefährdete bisher schon das ganze Bauwerk. In der Wirtschaftsnot des Jahres 1924 wird sein Konzern zu denen gehören, die die Krise am stärksten fühlen und durch sie unerbittlich zu den Realitäten der Volkswirtschaft zurückgezwungen werden. Innerlich muß er diese Ernüchterung schon erlebt haben, als die Verhältnisse ihn zwangen, die Micum-Verträge anzuerkennen.

Uebereifrige Freunde scheinen es darauf abgesehen zu haben, eine Art Helfferich-Dynastie zu lancieren. Recht geflissentlich wurde betont, daß sein Sohn das Werk des Vaters fortsetzen werde. Dabei haben die Deutschnationalen wieder einmal vergessen, daß das sogar bei Bismarck mißlungen ist. Das Sterben der Havenstein, Stinnes, Helfferich bleibt ja letzten Endes nichts anderes als das Vergehen der Prominenten einer überlebten Zeit. Der grausame Gewalttod Helfferichs unterstreicht uns nur jene Erkenntnis. Verknüpfen wir die Ermordung Erzbergers und Rathenaus mit dem rechtzeitigen Tode Havensteins, dem plötzlichen Auslöschen des Stinnes, dem unheimlichen Ende Helfferichs und legen wir hundert Jahre Entfernung dazu — unsern Enkeln wird das einen spannenden Akt aus dem deutschen Drama von 1918 bis 1950 bedeuten.

Wir Lebenden sind nüchterner, sehen die Erlebnisse, die sich in Reichweite von uns abspielen, nicht so groß und auch nicht in irgendwelchem sinnvollen Zusammenhang; er wird erst durch die Patina der Zeit geschaffen.

Wir buchen: es hat sich gelohnt, mit diesem beachtlichen Mann zu kämpfen, er war ein Feind, mit dem die Sozialdemokratie sich sehen lassen konnte. Die Mannen, die Helfferich zurückläßt, sind Fabrikware. Daß ihre geistlose Masse nicht die Zukunft erstickt, dafür muß am 4. Mai gesorgt werden!

Wohin steuert Deutschland?

Von Henri Lichtenberger, Professor an der Universität von Paris

Von Henri Lichtenberger, dem verdienstvollen französischen Forscher und Politiker erscheint soeben in deutscher Uebersetzung (Ernst Oldenburg, Leipzig) das bedeutsame Werk „Deutschland und Frankreich in ihren gegenwärtigen Beziehungen“. Zu diesem Buche hat Lichtenberger ein bisher unveröffentlichtes Nachwort geschrieben; dessen resümierenden Schlußsätze seien hier wiedergegeben. Der französische Text des Nachwortes erscheint demnächst im Journal de Genève. Eine Würdigung des Lichtenbergerschen Werkes durch Eduard Bernstein bringt unser nächstes Heft. (Die Redaktion.)

Wir sehen das furchtbare Problem, das die gegenwärtige Stunde stellt.

In Deutschland wie in Frankreich fühlt ein jeder, daß der augenblickliche Spannungszustand unmöglich länger dauern kann, ohne auf beiden Seiten eine wirtschaftliche und soziale Krise herbeizuführen, deren Heftigkeit und Umfang schwer vorauszusehen sind. Wir haben gesehen, welche drohenden Wolken über Deutschland hängen; wir wissen, welche beunruhigenden Symptome in Frankreich in die Erscheinung getreten sind. Zu welchem Entschluß wird sich Deutschland aufraffen?

Wir glauben nicht, daß der Kommunismus für dieses Land eine beachtenswerte Gefahr bildet. Die Erfahrungen der letzten Monate scheinen überreichlich zu beweisen, daß die amtlichen und geheimen Militärorganisationen für den Augenblick imstande sind, jede revolutionäre Bewegung, die bedenklich oder gefährlich erscheinen sollte, mit Gewalt zu ersticken, ja im Notfalle in Blut zu ertränken. Es ist ebensowenig besonders wahrscheinlich, daß wir etwa von der andern Seite in naher Zukunft einen monarchistischen Staatsstreich und eine amtliche Wiederherstellung der alten Ordnung erleben müssen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Republik bestehen bleiben, zum mindesten dem äußeren Schein nach, was aber keineswegs den tatsäch-

lichen Triumph der Reaktion und die Einsetzung eines fast diktatorischen Regiments ausschließt.

Die Hauptfrage, die sich hieran knüpft, ist die, ob Deutschland seine Konzentration mehr nach rechts oder etwa möglicherweise auch mehr nach links vollziehen wird.

Wenn sich die Kristallisation nach rechts vollzieht, wenn es den Heißspornen des Nationalismus gelingt, die Vertreter der Wirtschaft und die Massen der Land- und Arbeiterbevölkerung, die der Losung der Industrie- oder Agrar-Aristokratie folgen, fest an sich fesseln, dann wird sich die deutsche Regierung unwiderstehlich dazu getrieben fühlen, Frankreichs finanzielle Schwierigkeiten und seine politische Isolierung auszunutzen, um den Versuch zu machen, an ihm Revanche zu üben: sie wird danach streben, sich England und Amerika anzunähern, um die Franzosen zu einem mehr oder weniger deutlichen Rückzug zu zwingen. Je mehr die deutsche Regierung sich auf diese Bahn begeben wird, um so mehr wird sich auch bei den Franzosen die üble Legende von den systematischen Feindseligkeiten Deutschlands behaupten, das zur Verleugnung seiner Unterschrift entschlossen sei und nach blutiger Revanche dürste. Frankreich wird dazu getrieben werden, sich von da an noch strenger in der Erfüllung des Vertrages und noch rigorosier in seinen finanziellen Forderungen zu zeigen. Es wird noch mehr darauf bestehen müssen, Bürgschaften für seine Sicherheit zu erlangen. Der deutsche Widerstand wird in dem gleichen Verhältnis unwiderstehlich wachsen, wie Frankreich versuchen wird, einen verstärkten Druck auszuüben. Der Gegensatz wird sich verschärfen: er wird in Europa den Zustand des Unbehagens erhalten, in dem dieser Weltteil nun schon seit Monaten lebt; er wird seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau hemmen; er wird mit Schicksalsnotwendigkeit die Wiederkehr der inneren Schwierigkeiten Deutschlands und die Verschlimmerung der finanziellen Nöte Frankreichs im Gefolge haben. Er wird schließlich fast notwendig in einem gegebenen Augenblick mit einer Explosion und mehr oder weniger gewaltsamen Krise endigen, deren Form voraussagen zu wollen müßig ist, und die zwar wahrscheinlich hauptsächlich Deutschland in Mitleidenschaft ziehen wird, deren Nachwirkung aber höchstwahrscheinlich auch Frankreich bedenklich zu spüren bekommen würde.

Es würde sicher für Frankreich vorteilhafter sein, wenn sich in Deutschland die Kristallisation mehr nach links vollzöge, und man kann nicht sagen, daß so etwas völlig unmöglich sei. Es wäre allerdings dazu notwendig, daß die zur Versöhnung neigenden Elemente in den Industriekreisen über die andern den Sieg davontrügen, daß die gemäßigten Elemente der Rechten über ihre Heißsporne die Oberhand gewönnen, daß die Anhänger der Erfüllungspolitik wieder eine gewisse Autorität über die Massen erlangten. Damit sich die Ereignisse in diesem Sinne entwickelten, wäre es unseres Dafürhaltens ganz wesentlich, daß sich Frankreich und England über ein bestimmtes Programm der Reparationen, des Wiederaufbaus und der Bürgschaften ins Einvernehmen setzten. Wenn sich dieses Einvernehmen nicht wirklichen, wenn sich die französisch-englischen Unstimmigkeiten verschlimmern sollten und wenn sich Frankreich gezwungen fühlen sollte, sein Recht allein, ohne oder auch gegen seine einstigen Bundes-

genossen verteidigen zu müssen, dann gilt es jede Wette, daß sich die deutsche öffentliche Meinung mit wachsender Stärke gegen uns wenden wird, daß sie zwar vielleicht augenblicklich der Gewalt weichen wird, daß sie sich aber immer entschlossener von der Idee einer ehrlichen Wiederversöhnung abwenden, sich offen oder insgeheim mit den Heißspornen verbinden und ungeduldig die Stunde erwarten wird, die ihr günstig erscheinen wird, um eine neue Entscheidung der Gewalt heraufzubeschwören. — Mit welchem Preise Frankreich die Beibehaltung des Einvernehmens mit England bezahlen muß, das ist ein Problem, in dessen Prüfung der Verfasser dieses hier nicht eintreten will. Es genügt ihm, die außerordentliche Bedenklichkeit zu betonen, die unter dem Gesichtspunkt eines französisch-englischen Gegensatzes ein Bruch oder auch bloß eine allzu bemerkliche Lockerung des französischen Einvernehmens mit England haben würde.

So wird denn so recht fühlbar, welche außerordentliche Bedeutung die Besprechungen und Verhandlungen haben, die sich um Lösungen von Fragen drehen werden, die noch morgen die Sachverständigen-Kommissionen abschließen werden, deren Beratung gerade in diesem Augenblick zu Ende geht. Noch einmal wird eine Vergleichsformel gesucht, die erlauben würde, so gut als nur irgend möglich den deutschen Bankrott zu liquidieren und einen erträglichen *Modus vivendi* zwischen den europäischen Großmächten herzustellen. Wird es gelingen? Wird der Versuch wieder einmal scheitern? Beinahe werden die tieferen Gründe erkennbar, die in letzter Hinsicht den Ausschlag dafür geben werden, daß sich die Wage nach der einen oder nach der andern Seite neigt. Die Verständigung kann nur durch gegenseitige Zugeständnisse erfolgen. Die große Frage, die für die beiden Kontrahenten entstehen wird, ist die, wie weit ein jeder von beiden in seinen Opfern zum Zwecke der Durchsetzung eines allgemeinen Konsensus gehen kann. Ist es besser, zwecks Erreichung eines Ergebnisses etwas mehr nachzugeben, wenn auch auf die Gefahr hin, sich in weniger günstiger Position zu befinden für den Fall, daß allem zum Trotz ein neuer Ruf an die Gewalt erfolgen sollte? Ist es besser, etwas weniger nachzugeben, auf die Gefahr hin, die Entente unmöglich zu machen und die Aussichten der Zufluchtnahme an die Gewalt zu erhöhen? Im Grunde wird ein jeder in dem einen oder dem andern Sinne antworten, je nachdem er nach Temperament, nach Vernunft oder nach Berechnung glauben wird, daß es entweder mehr Gefahr in sich birgt, zu viel zum Zwecke des Friedens zu opfern, oder auch mehr Gefahr in sich birgt, sich zu sehr zum Kriege zu rüsten. Die Ansichten und die Gefühle können bei so heiklen Problemen stark auseinandergehen. Der Verfasser will sie hier etwa nicht anschnitten. Er bittet nur die verständigen Köpfe, ihre Entscheidung bei vollem Bewußtsein und in voller Ermessung der Verantwortlichkeit zu treffen, die ebensogut diejenigen auf sich nehmen, die sich im Sinne unbedachter Vertrauensseligkeit täuschen, wie diejenigen, die durch ein Uebermaß pessimistischen Mißtrauens sündigen sollten.

In welchem Sinne wird Deutschland seine Entscheidung treffen? In welchem Sinne wird sich die Komponente der mannigfaltigen Kräfte bewegen, die sich hier gegenseitig stoßen und reiben? Der Verfasser dieses Werkes wagt nichts darüber vorauszusagen. Er glaubt einfach,

daß die Würfel noch immer nicht gefallen sind. Er stellt bloß fest, daß sehr viele Deutsche den ganzen Ernst der Stunde fühlen. Einer der glänzendsten Schriftsteller des neuen demokratischen Deutschland, Heinrich Mann, hat diesem Gefühl in seiner Streitschrift „Diktatur der Vernunft“ einen beredten Ausdruck gegeben:

„Die Wage steht, und, wer sie ansieht, atmet nicht. Unwiederbringlicher Augenblick! Bis morgen haben die beiden wichtigsten Länder des europäischen Festlandes sich frei entschlossen, einzulenken, oder die ehemals großen Mächte, die Europa waren, werden nie mehr freie Entschlüsse fassen. Dieser Weltteil, der noch jüngst Weltherrschaft beanspruchte, wird nicht einmal mehr eine selbständige Geschichte haben. Abhängig vom Willen der angelsächsischen Reiche und des russischen, erdrückt von der Masse aller dieser dichten Körper, wird das zerrissene Europa ein Spott selbst der vierten sich schließenden Größe, des mongolischen Reiches, sein. Was hat uns denn, gegen alle Wahrscheinlichkeit, so lange erhalten — klein und benachteiligt an natürlichen Hilfsmitteln, wie unser Erdteil ist? Unsere wache Tatkraft allein, die ständige Bereitschaft, Wissen und selbst Traum in Handlung zu verwandeln. Seit einer Weile bleiben wir zurück hinter den neuen Mächten, die heranwachsen. Zum erstenmal im Dasein Europas sind wir unzeitgemäß. Das ist am wenigsten uns erlaubt, nur für uns ist es das Ende. Entweder wir einen Europa, hören auf, das geeinte Europa für Utopie, Liebhaberei und fernes Zukunftsbild zu halten, erfassen endlich seine dringlichste Lebensnotwendigkeit, — oder dieser Ausläufer Asiens, der so viel lärmenden Aufruhr gewagt hatte, wird still zurückgeholt werden von der großen Mutter.“

Wir wollen nur wünschen, daß das Abendland diese Mahnung verstehe und die Kraft finde, die drohende Wolke zu verscheuchen, die über ihm schwebt.

Ramsay Mac Donald

Von Dr. Walter Zechlin

In seinem Buch „Unsere Politik“*) bespricht Mac Donald im wesentlichen drei Probleme: Was ist die britische Labour Party, vermag sie zu regieren und welches sind ihre Methoden und Ziele? Soweit die uns in erster Linie interessierende Außenpolitik in Frage kommt, sind die Anschauungen des britischen Premiers in Nr. 2 der „Glocke“ besprochen und durch seine eigenen Worte erhärtet worden; es bleibt aber noch ein kurzer Rückblick übrig auf die prinzipielle Stellungnahme der Labour Party zum britischen Staatswesen und eine Darstellung ihrer inneren Politik. Die Worte Mac Donalds „Kann ein Mitglied der Arbeiterpartei ein Vertreter nationaler Interessen sein? Was muß die Arbeiterschaft für eine unbedingte Bejahung dieser Frage tun?“ geben darauf klar die Antwort. Wenn man diese wie eine Selbstverständlichkeit ausgesprochene Zusicherung Mac Donalds liest, nationale Politik treiben zu wollen, dann klingt uns im Ohre die in Wahlversammlungen immer wiederkehrende Behauptung über den Gegensatz der nationalen Politik des englischen

*) E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin 1924.

Sozialismus und der „internationalen“ Politik der deutschen Sozialdemokratie. Aber Mac Donald gibt darauf gleich selbst die richtige Antwort: „Die andern Parteien glauben selbstgefällig, sie seien national. Die Arbeiterschaft kam durch Erfahrung zur Ueberzeugung, daß jene nur ihre eigenen Klasseninteressen vertreten, und ihre Opposition geht von einer großzügigeren Auffassung der nationalen Bedürfnisse und des Volkswohles aus, als es bei ihnen der Fall ist.“ Genau so ist es in Deutschland. Wenn das demagogische Treiben der Rechten gegen das Sachverständigengutachten, um nur ein Beispiel anzuführen, national sein soll, so werden die deutschen Marxisten sich nach der Definition des wahrhaft nationalen durch Mac Donald für eine derartige Interpretierung bestens bedanken. Die Labour Party lehnt eine angeblich nationale Politik wie sie die Konservativen, die darunter die Herrschaft des Feudalismus oder der Liberalen, die damit die Freiheit zum unbeschränkten Kapitalismus meinen, ab, sie will nicht wie die konservative und liberale Partei eine Klassenpartei sein, sondern, „meine Zuversicht, daß wir schließlich eine feste Grundlage einer nationalen Politik erreicht haben, gründet sich darauf, daß, während die jetzigen Grundsätze und Ansichten der Koalitionspolitiker und der Liberalen einzig und allein als eine Klasseneinstellung angesehen werden können und ihrer Natur nach unfähig sind, die Interessen der großen Masse der Arbeiter einzubeziehen, die Ideen der Arbeiterbewegung auf das Verständnis der Interessen aller Klassen ausgehen, die der Allgemeinheit Dienste leisten“. Und das läßt sich nicht durchführen und „die Gesellschaft wird nie den Frieden finden, solange die Arbeitermassen an der Verantwortung für ihre eigene Lage nicht beteiligt sind; ihre Interessensphäre muß erweitert und ihre Verantwortungslast erhöht werden. Eine nationale Politik im wahren Sinne kann nur von der Labour Party, die keiner Klasse, sondern der Allgemeinheit dienen will, getrieben werden“. Mac Donald wendet sich gegen die Bedenken, die angeblich die Unfähigkeit der Arbeiterbewegung zur Regierungsübernahme dartun sollen, und geht nach ihrer Widerlegung zu der Methode über die allein Anwendung finden soll. Sie ist das revolutionistische Prinzip. „Die Gesellschaft ist keine Maschine, die niedergeworfen und durch ein gänzlich neues Modell ersetzt werden kann; die Gesellschaft muß organisch verändert werden.“ Zurückgewiesen werden daher alle bolschewistischen Experimente, deren Unzweckmäßigkeit und Unmöglichkeit Mac Donald im einzelnen speziell für England darlegt. Dabei hat er aber keine besondere Sorge über die Radikalen im eigenen Lager. „Wir brauchen nicht vor dem sogenannten Ultraradikalen Angst zu haben, er ist das Füllen, das bald im Gespann laufen wird, sein Feuer wird bald verpufft sein und er wird in der wesenlosen Masse der geduldig Klagenden untertauchen.“ Aber er fügt auch hinzu: „Wir müssen jedoch vor dem Demagogen Angst haben. Die Geschichte ist belastet mit dem Schutt der Völker, deren Untergang er bereitete.“ So grenzt Mac Donald nach rechts und links klar die Grenzlinien der Labour Party ab, die allein unter allen das Gesamtinteresse im Auge hat und statt des Flickwerks einzelner Lösungen über die konstruktive Idee des Sozialismus als feste Grundlage für die zukünftige Politik verfügt. Hierbei spielt neben der Idee der Befreiung der Menschheit vom Militarismus und allen seinen Folgen im Buche Mac Donalds naturgemäß die These von der Verstaatlichung eine ausschlaggebende Rolle. Er sieht in der Entziehung der Produktionsmittel aus den Händen der Trusts, in die sie allmählich gelangt sind, und ihre Ueberführung in den Dienst der Allgemeinheit, genau wie der kontinentale Sozialismus, ein Hauptstück des Zukunftsprogramms der Labour Party. Er widerlegt die dagegen vorgebrachten Argumente und weist u. a. darauf hin, daß selbst die bürgerlichen Parteien, die im staatlichen oder kommunalen Besitz befindlichen Anlagen wie Telephon und Straßenbahnanlagen nicht mehr in die

Hände von Privaten zurückgehen lassen würden und setzt positiv auseinander, was die Verstaatlichung bedeutet: „Die Verstaatlichung ist aus zwei wichtigen Gründen eins der leitenden Prinzipien der Labour Party. Es ist in erster Linie das einzige Mittel, das der Allgemeinheit zur Verfügung steht, um sich gegen Monopolkonzerne zu schützen und sich vor der Herrschaft des Kapitals zu retten. Die Verstaatlichung ist die Umsetzung des neuen intellektuellen und moralischen Aufwachens der Arbeiterschaft in politische Programme; ein Aufwachen, das, solange man es von der Verantwortung ausschaltet, unsterblich und revolutionär wirken muß, das jedoch eine neue Epoche des sozialen Friedens und des Aufschwungs der Menschheit herbeiführen wird, sobald es zur Befreiung der Arbeiterschaft in den Bergwerken und in den Werkstätten benutzt werden wird. Die Verstaatlichung ist eine notwendige Voraussetzung dieser einheitlichen sozialen Mentalität, nach der jeder seufzt und für die nur die Labour Party, als einzige der politischen Parteien, ein politisches und wirtschaftliches Gehäuse geschaffen hat.“

Wir haben vom Standpunkt des deutschen Sozialismus zu diesen treffenden Ausführungen nichts hinzuzusetzen und verweisen auf die eingehende Darstellung selbst, in der Mac Donald sich über das Tempo und Ausmaß der Sozialisierung äußert.

Die Methoden der Labour Party in der praktischen Politik sind die der Demokratie. „Sie erkennt die Fehler der parlamentarischen Maschine, sie gibt jedoch das Parlament als Verkörperung des bürgerlichen Lebens der Allgemeinheit nicht auf, sie sieht in dem Staatsbürger die Einheit, die vertreten werden muß, und in der öffentlichen Meinung den alleinigen Schöpfer einer sozialen Veränderung von bleibendem Werte.“ Und auf der anderen Seite „das Kampfmittel der Arbeiterschaft gegen die reaktionäre Revolution ist nicht die bewaffnete Gewalt, sondern ein Streik, mit der Regierung an der Spitze, wie es in Deutschland der Fall war, als Kapp nach Berlin einmarschierte“. Mac Donald zieht aus seinen Darlegungen, in denen er den Aufbau der Labour Party, ihre Ziele und ihre Methoden schildert, folgenden Schluß, und den er den Massen, die ihr noch fern stehen, ihr aber ihrem Wesen nach angehören, zuruft: „Keine der grandiosen moralischen Erwartungen der Kriegsernte hat sich erfüllt. Die Welt blieb als Beute einer größeren Bitterkeit zwischen Klassen und Völkern, eines größeren Hasses nationaler wie internationaler Art zurück. Will man denn abseits stehen, während diese Ernte von Dummen, von Schwachen oder von Schlechten eingeheimst wird?“ Dagegen kommt die Arbeiterpartei nach dem Kriege nicht nur um zu heilen, sondern zu stählen — nicht um Frieden, Frieden als eine sentimentale Lehre zu predigen, sondern Fortschritt, Fortschritt als eine männliche Doktrin. Die Gesellschaft, die ihre Lenden gürtet, zu einer neuen Pilgerfahrt der Lebensfreude und der Lichtfülle entgegen, die ihren Fuß wieder auf den Weg setzt, der aufwärts führt, hat die Arbeiterbewegung zu ihrer Hilfe gerufen, und hat der Labour Party die Ideenklarheit und die Politik verliehen.

„Wird das Volk ihr die Wahrheit gewähren?“

Mit dieser Frage schließt Mac Donalds reifes und starkes Buch. Eine Bejahung findet die Frage in der Tatsache, daß der, welcher sie stellte, die Geschicke des britischen Imperiums und seiner Völker leitet. Mehr aber noch als für sein Weltreich ist es für Deutschland und sein geknechtetes Volk die Zukunftsfrage, ob es auf neuen Wegen, die nur denen hier geschilderten gleichen können, Rettung sucht oder zu denen zurückkehrt, die es in der Vergangenheit beschränkt mit einem Ergebnis, unter dessen Folgen wir alle noch auf Jahrzehnte hinaus zu leiden haben.

Der Mai-Gedanke im Versailler Vertrag

Abschnitt I.

Organisation der Arbeit.

Da der Völkerbund die Begründung des Weltfriedens zum Ziele hat, und ein solcher Friede nur auf dem Boden der sozialen Gerechtigkeit aufgebaut werden kann,

da ferner Arbeitsbedingungen bestehen, die für eine große Anzahl von Menschen mit so viel Ungerechtigkeit, Elend und Entbehrungen verbunden sind, daß eine den Weltfrieden und die Welteintracht gefährdende Unzufriedenheit entsteht, und da eine Verbesserung dieser Bedingungen dringend erforderlich ist, zum Beispiel hinsichtlich der Regelung der Arbeitszeit, der Festsetzung einer Höchstdauer des Arbeitstages und der Arbeitswoche, der Regelung des Arbeitsmarkts, der Verhütung der Arbeitslosigkeit, der Gewährleistung von Löhnen, welche angemessene Lebensbedingungen ermöglichen, des Schutzes der Arbeiter gegen allgemeine und Berufskrankheiten sowie gegen Arbeitsunfälle, des Schutzes der Kinder, Jugendlichen und Frauen, der Alters- und Invalidenunterstützung, des Schutzes der Interessen der im Ausland beschäftigten Arbeiter, der Anerkennung des Grundsatzes der Freiheit gewerkschaftlichen Zusammenschlusses, der Gestaltung des beruflichen und technischen Unterrichts und ähnlicher Maßnahmen,

da endlich die Nichtannahme einer wirklich menschlichen Arbeitsordnung durch irgendeine Regierung die Bemühungen der andern, auf die Verbesserung des Loses der Arbeiter in ihrem eigenen Lande bedachten Nation hemmt,

haben die Hohen vertragschließenden Teile, geleitet, sowohl von den Gefühlen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit als auch von dem Wunsche, einen dauernden Weltfrieden zu sichern, folgendes vereinbart:

Artikel 387.

Es wird eine ständige Einrichtung gegründet, die an der Verwirklichung des in der Einleitung dargelegten Planes zu arbeiten berufen ist.

Abschnitt II.

Artikel 427.

Die Hohen vertragschließenden Teile haben in Anerkennung dessen, daß das körperliche, sittliche und geistige Wohlergehen der Lohnarbeiter vom internationalen Standpunkt aus von höchster Bedeutung ist, zur Erreichung dieses erhabenen Zieles die in Abschnitt I vorgesehene und dem Völkerbund angegliederte ständige Einrichtung geschaffen.

Sie erkennen an, daß die Verschiedenheiten des Klimas, der Sitten und Gebräuche, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und industriellen Ueberlieferung die sofortige Herbeiführung der vollständigen Einheitlichkeit in den Arbeitsverhältnissen erschweren. Aber in der Ueberzeugung, daß die Arbeit nicht als bloße Handelsware betrachtet werden darf, glauben sie, daß Wege und Grundsätze für die Regelung der Arbeitsverhältnisse sich finden lassen, die alle industriellen Gemeinschaften zu befolgen sich bemühen sollten, soweit ihre besonderen Verhältnisse dies gestatten.

Unter diesen Wegen und Grundsätzen erscheinen den Hohen vertragschließenden Teilen die folgenden von besonderer und Beschleunigung erheischender Wichtigkeit:

1. Der oben erwähnte, leitende Grundsatz, daß die Arbeit nicht lediglich als Ware oder Handelsartikel angesehen werden darf;
2. das Recht des Zusammenschlusses zu allen nicht dem Gesetz zuwiderlaufenden Zwecken sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber;

3. die Bezahlung der Arbeiter mit einem Lohn, der ihnen eine nach der Auffassung ihrer Zeit und ihres Landes angemessene Lebensführung ermöglicht;
4. Annahme des Achtstundentages und der 48-Stunden-Woche als zu erstrebendes Ziel überall da, wo es noch nicht erreicht ist;
5. die Annahme einer wöchentlichen Arbeitsruhe von mindestens 24 Stunden, die nach Möglichkeit den Sonntag einschließen soll;
6. die Beseitigung der Kinderarbeit und die Verpflichtung, die Arbeit Jugendlicher beiderlei Geschlechts so einzuschränken, wie es notwendig ist, um ihnen die Fortsetzung ihrer Ausbildung zu ermöglichen und ihre körperliche Entwicklung sicherzustellen;
7. der Grundsatz gleichen Lohnes ohne Unterschied des Geschlechts für eine Arbeit von gleichem Werte;
8. die in jedem Lande über die Arbeitsverhältnisse erlassenen Vorschriften haben allen im Lande sich erlaubterweise aufhaltenden Arbeitern eine gerechte wirtschaftliche Behandlung zu sichern;
9. jeder Staat hat einen Aufsichtsdienst einzurichten, an dem auch Frauen teilnehmen, um die Durchführung der Gesetze und Vorschriften für den Arbeiterschutz sicherzustellen.

Die Hohen vertragschließenden Teile verkünden nicht die Vollständigkeit oder Endgültigkeit dieser Grundsätze und Wege, erachten sie jedoch für geeignet, der Politik des Völkerbunds als Richtschnur zu dienen und, im Falle ihrer Annahme durch die dem Staatenausschuß als Mitglieder angehörenden industriellen Gemeinschaften sowie der Sicherstellung ihrer praktischen Durchführung durch eine entsprechende Aufsichtsbehörde, dauernde Wohltaten unter den Lohnarbeitern der Welt zu verbreiten.

Zur Arbeitszeitfrage

Von Reichs- und Staatskommissar Mehlich (Dortmund)

In einem viereinhalbjährigen Kriege wurde die Gütererzeugung fast ausschließlich auf die Vernichtung eingestellt, die Produktions- und Transportmittel heruntergewirtschaftet, die Summe der verfügbaren Arbeitskräfte durch Hunger, Tod und Krankheiten erheblich vermindert, so daß sich volkswirtschaftlich eine riesige Verarmung ergab. Das Diktat von Versailles bedeutete den Verlust wichtiger landwirtschaftlicher und industrieller Produktionsgebiete und brachte außerdem Belastungen von einem untragbaren Gewicht. Die Inflation konnte einige Jahre darüber hinwegtäuschen, wie groß die eingetretene Verarmung war. Daß sie bestand, darüber gab es kaum Meinungsverschiedenheiten. Aus dieser Erkenntnis die richtigen Folgerungen zu ziehen, dazu bestand allerdings in den weitesten Kreisen keine Bereitschaft. Erst nach dem Zusammenbruch des Ruhrwiderstandes trat die wirtschaftliche Bilanz Deutschlands mit erschreckender Deutlichkeit in Erscheinung. Der Produktionsausfall während des Krieges war nicht durch eine gesteigerte Erzeugung ausgeglichen, vielmehr war eine weitere Verminderung der Produktivität eingetreten. Die Gründe dafür liegen gewiß nicht allein bei der Verkürzung der Arbeitszeit. Die ungeheuren Entbehrungen, die seelischen Spannungen während des Krieges, die durch die Inflation hervorgerufene Not, die Sorge, von einem Tage zum andern zu kommen, nicht zuletzt auch die politische Erregung, wie sie bei den Spartacus-kämpfen, dem Kapp-Putsch, dem mitteldeutschen Aufstand, der Ermor-

dung von Erzberger und Rathenau usw. zum Ausdruck kam, — das alles wirkte sich in den Betrieben aus, und war nicht geeignet, die Arbeitsleistungen zu heben.

Daß aber ihre Steigerung über kurz oder lang, mindestens auf den Friedensstand, zwangsläufig erfolgen mußte, konnte für niemanden zweifelhaft sein, der auch nur eine entfernte Ahnung von den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen hat und Verpflichtungen aus dem Diktat von Versailles erfüllen möchte. Mit Steuern allein kommt man der Erfüllung der Reparationen nicht näher; zuerst müssen die Grundlagen der Steuerkraft sichergestellt sein. Mit andern Worten: Die Werte, die in Gestalt von Steuern an den Staat fließen, müssen zunächst geschaffen werden. „Arbeit ist die Quelle alles Reichtums“ sagte das Gothaer Programm der Sozialdemokratie. Mit der Abgabe von Vermögensteilen kann man sich vorübergehend helfen, auf die Dauer aber können die Mittel für Verwaltung, Wohlfahrtsunternehmungen, Reparationen usw. nur aus der Gütererzeugung gewonnen werden.

Dabei ist es durchaus möglich, da über die Frage, wie eine Steigerung der Gütererzeugung herbeizuführen ist, vielerlei Meinungen bestehen. Als nächstliegende Maßnahme wird in der Regel die wirtschaftliche Führung der Betriebe betrachtet. Dabei denkt man in erster Linie an technische Verbesserungen, übersieht allerdings häufig, daß diese selten ohne neue Kapitalien zu schaffen sind. Zum mindesten setzen sie eine gewisse Flüssigkeit des Anleihemarktes voraus. Sie sind aber auch nicht von heute auf morgen durchzuführen. Wie sehr allerdings vor allem auf diesem Wege eine Erhöhung der Produktivität möglich ist, lehrt das Werk des amerikanischen Automobilindustriellen Ford. In einem verarmenden, mit drückendsten Lasten belegten Lande, dessen Absatzmärkte größtenteils verloren gegangen sind und dessen Kredit zerrüttet ist, dürfte aber die planmäßige Verwirklichung der Fordschen Grundsätze auf Schwierigkeiten stoßen. Immerhin darf man hier bei allem Mißtrauen nicht übersehen, daß auch die Industrie ein sehr erhebliches Eigeninteresse an einer rationelleren Gestaltung ihrer Betriebe hat.

Eine weitere Möglichkeit einer produktiven Wirtschaft liegt in der Einschaltung aller bisher unproduktiven Kräfte in den Wirtschaftsprozeß. Man denkt dabei nicht nur an die Erwerbslosen, sondern besonders auch an die Leute, die sich in den letzten Jahren zum Schaden der Verbraucher trotz Verminderung des Güterumlaufs in die Warenverteilung eingeschoben haben, weiter an das wachsende Heer der in der Verwaltung Tätigen usw. Voraussetzung einer produktiven Beschäftigung ist aber der Absatz der erzeugten Güter. Wenn die Produktion vom Markte nicht aufgenommen wird, läßt sich die Verminderung der unproduktiven Elemente nicht bewerkstelligen. Daß letzteres mit allen Kräften angestrebt werden muß, darüber ist kein Wort zu verlieren.

Schließlich kann auch die Steigerung der individuellen Arbeitsleistung zu einer vermehrten Produktion führen. Dabei aber ist man wesentlich vom Willen des Arbeitenden abhängig. Wo Pflichtgefühl und Arbeitsfreude besteht, kann der Wirkungsgrad stärker sein als bei schärfster Antreiberei oder bei der Anwendung des Taylorsystems. Leider ist die Kriegszeit der Entwicklung der Arbeitsamkeit nicht gün-

stig gewesen, und für die Steigerung der Arbeitsfreude ist wenig getan worden. Durch politische und wirtschaftliche Vorgänge hat man den Widerstand der Arbeiter häufig geradezu herausgefordert, und auch die Arbeitsgemeinschaften haben größtenteils direkt versagt. Die Nichtbeachtung der psychischen Einstellung weiter Kreise der Arbeitnehmerschaft einerseits und die Außerachtlassung wirtschaftlicher Notwendigkeiten andererseits haben die Spannungen vergrößert, wo eine verständnisvolle Zusammenarbeit (trotz unvermeidbarer Gegensätze) auf der Grundlage der Gleichberechtigung unfehlbar zu verstärkten Leistungen führen mußte. Leider bleibt wenig Raum für die Hoffnung, daß sich dieses Verhältnis in der nächsten Zukunft ändert.

Berücksichtigt man weiter, daß sich beim Aufhören der Inflation die fast vollständige Konkurrenzunfähigkeit der deutschen Industrie klar enthüllte und sie außerdem in ihrem Schwerpunkt an Rhein und Ruhr mit geradezu erdrückenden Lasten belegt wurde, so versteht man, daß zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der nächstliegende Weg der Verlängerung der Arbeitszeit beschritten wurde. Inwieweit dabei auch politische Motive mitwirkten, kann hier außer acht gelassen werden, da die wirtschaftliche Notwendigkeit einer billigeren Erzeugung klar auf der Hand lag, so daß sich selbst die Gewerkschaften diesen Gründen nicht zu entziehen vermochten. Allerdings hat die Einleitung der ganzen Aktion durch das bekannte Diktat des Zechenverbandes, als dessen Urheber der verstorbene Hugo Stinnes anzusprechen ist, erneut eine Verkenning der Einstellung der Arbeiterklasse bewiesen, die geradezu erstaunlich ist und daher von vornherein zur Annahme gewisser Nebenabsichten führen mußte. Wenn es trotz alledem sowohl im Bergbau wie in der Großeisenindustrie zur Vereinbarung einer mehrmonatigen Ueberarbeit kam, so ist das zweifellos ein Beweis für die vorurteilsfreie Haltung der Gewerkschaften und ihr wirtschaftspolitisches Verantwortlichkeitsgefühl. Es entspringt ihrer Einsicht, daß ohne die stärkste Anspannung aller Kräfte eine wirtschaftliche Wiedergesundung nicht denkbar ist.

Wenn es trotz alledem gewisse Schwierigkeiten bei der Durchführung gegeben hat, so ist das darauf zurückzuführen, daß erhebliche Teile der Arbeiterschaft die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht klar übersehen. Besonders widersinnig erscheint die längere Arbeitszeit, weil sie zunächst zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit führte. Dabei wird der Zweck der Mehrarbeit übersehen, der eine Preisverbilligung anstrebte, um den Absatz der Produktion zu vermehren. Jede Erweiterung der Absatzmärkte schafft neue Arbeitsmöglichkeiten und vermindert die Zahl der Erwerbslosen. Die vorübergehende Steigerung der Arbeitslosigkeit ist für die Betroffenen sicher ein großes Unglück. Aber das Unglück ist größer, wenn eine unproduktive Wirtschaft selbst die notdürftige Erhaltung der industriellen Reserve-Armee nicht mehr leisten kann. Die Erkenntnis dieser Zusammenhänge läßt die Arbeitszeitfrage in anderm Lichte erscheinen. Daneben besteht noch die Befürchtung, daß die Mehrarbeit den Kapitalgewinn vergrößern und die Machtstellung des Kapitalisten verstärken könnte. Diese Befürchtung wird vielfach (besonders im unbesetzten Gebiet) begründet sein. Hier muß es dem Staat zur Pflicht gemacht werden, durch entsprechende Besteuerung ungerechtfertigte Gewinne zu erfassen. Die verlängerte Arbeitszeit soll nicht zu

neuen Bereicherungen der Kapitalisten führen, sondern sie muß die Lebensmöglichkeiten des ganzen Volkes verbessern.

Mit Rücksicht auf die seit Beginn des Krieges stark geschwächte Arbeitskraft, die das kostbarste Gut einer Nation sein muß, erscheint es dringend notwendig, die technischen Fortschritte, die wissenschaftliche Betriebsführung, die Verminderung der unproduktiven Arbeitskräfte, die Erhöhung der Arbeitsfreudigkeit planmäßig in den Dienst der Steigerung der Gütererzeugung zu stellen. Nichts darf unversucht bleiben, um so rasch als möglich die Dauer der Arbeitszeit herabzusetzen.

Dafür aber wird immer die Gesamtleistung des Volkes entscheidend sein. Kein Volk kann dauernd mehr verzehren, als es erwirtschaftet. Und von der Gesamtmenge der erzeugten Güter hängt der Wohlstand, das Ausmaß der sozialen Erleichterungen und der kulturellen Genüsse des ganzen Volkes, also auch der werktätigen Schichten, ab.

Die Wahlen in Finnland

Von Wilhelm Grotkopp (Kiel)

Schweden war das erste Land, das eine rein sozialdemokratische Regierung gehabt hat; nunmehr ist ihm Dänemark gefolgt. Ueber solchen, den internationalen Weg der Sozialdemokratie absteckenden Erfolgen sollte nicht vergessen werden, daß die finnländische Sozialdemokratie zur Zeit des Krieges über eine absolute Mehrheit im Parlament verfügte. Der Zar verstand es aber als Großfürst von Finnland meisterhaft, sich gegen diese „rote Gefahr“ zu schützen: er berief das Parlament nicht ein. Nach Ausbruch der russischen Revolution war den finnländischen Sozialdemokraten die Möglichkeit gegeben, in ihrem Sinne die Politik des Landes maßgeblich zu beeinflussen. Es kann hier, wo das Wahlergebnis vom April 1924 zu würdigen ist, auf diese Zeit nicht näher eingegangen werden. Es sei nur kurz erwähnt, daß der sozialdemokratische Führer Tokoi für kurze Zeit zwecks Schaffung eines unabhängigen, freien Finnland eine Einheitsregierung bildete. Da dieser Versuch mißglückte und die Sozialisten und Bürgerlichen sich infolge kurzsichtiger Politik und schwerer Fehler stark entfremdeten, da ferner auf beiden Seiten die nun an die Gewalt der Waffen appellierenden Radikalen die Richtung der Politik bestimmten, war der Ausbruch der Revolution unvermeidlich. Es ist beachtenswert, daß schon ein halbes Jahr nach Beendigung der Revolution, auf dem Parteitag im Dezember 1918, die Führer scharf gegen die Radikalen, die „Militaristen“ innerhalb der Partei, Front gemacht haben. Die Folge war der Austritt der Kommunisten aus der Partei. Erfreulicherweise sagte sich auch die Mehrheit des Bürgertums von der Scharfmacherpolitik der Revolutionszeit los und forderte ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie. Besonders war es der demokratische Innenminister Ritavuori, der für die Mitarbeit der Sozialdemokratie eintrat und den Geist von 1918 austilgen wollte. Gegen ihn entfaltete die Rechte aber eine so starke Hetze, daß Ritavuoris Ermordung am 14. Februar 1922 ebenso wenig überraschte wie die seiner deutschen Gesinnungsgenossen Rathenau und Erzberger. Einig war sich aber das Bürgertum in der Frage der Bekämpfung der Kommunisten, die besonders im Herbst 1923 in starkem Maße betrieben wurde und u. a. zur Verhaftung der 24 kommunistischen Abgeordneten führte. Es herrschte also in Finnland ein von den Kommunisten „befreites“ Rumpfparlament. Um diesen unhaltbaren Zu-

ständen ein Ende zu bereiten, löste der Präsident Ståhlberg auf Grund der Forderung der Sozialdemokratie gegen den Willen der bürgerlichen Regierung und der bürgerlichen Parteien den Reichstag auf und schrieb Neuwahlen aus.

Die Wahlen haben keinerlei Ueberraschung gezeigt, sondern vielmehr gezeigt, daß die politischen Verhältnisse sich in Finnland stabilisiert haben und daß andererseits die Gefahr des Bolschewismus für Finnland keineswegs so groß ist, wie die Bürgerlichen es immer zur Rechtfertigung ihrer reaktionären Maßnahmen darzustellen liebten. Die Kommunisten haben ein Drittel ihrer Mandate eingebüßt. Von den 200 Sitzen — diese Gesamtzahl der Abgeordneten hat sich seit Bestehen des Einkammersystems, seit 1906, nicht geändert — werden die Kommunisten 18 besitzen. Die Sozialdemokraten gewannen auf Kosten der Kommunisten und erhöhten die Zahl ihrer Mandate auf 60. Beide Arbeiterparteien zusammen haben also 78 Plätze inne, d. h. zum erstenmal verfügen im finnländischen Parlament die Vertreter der Arbeiter über weniger als 80 Sitze, d. h. ferner: seit 1917 hat die Zahl der Arbeitervertreter im finnländischen Parlament ständig, und zwar im Verhältnis zum Gesamtparlament um mehr als 10 Proz. abgenommen. Genau so wie nach dem unglücklichen Ausgang des Bürgerkrieges wird es auch jetzt nach dem im Wahlergebnis klar hervorgetretenen Rückgang der sozialdemokratischen Anhängerschaft die Aufgabe eines Parteitagess sein müssen, die Ursachen aufzudecken und Maßnahmen zur Abhilfe vorzuschlagen. Aber die sozialdemokratische Partei ist dennoch die stärkste des Landes geblieben. Aus diesem Grunde wird sicherlich der demokratische Präsident des Landes, Ståhlberg, den Führer der Sozialdemokratie, Tanner, mit der Bildung einer Regierung beauftragen. Tanner ist in seiner Handlung durch folgenden Parteitagbeschuß gebunden: „Die Sozialdemokraten lassen sich nicht in einer bürgerlichen Regierung vertreten, außer, wenn es durch Umstände unbedingt erforderlich erscheint, so, um einen Krieg zu verhindern, Frieden zu schließen oder einer Reaktion vorzubeugen, die einen Krieg hervorrufen, die Bürgerrechte einschränken und die Organisationstätigkeit der Arbeiter verhindern könnte. In solchen Fällen dürfen Mitglieder der Partei in die Regierung eintreten, um bestimmte Aufgaben zu erfüllen, vorausgesetzt, daß ein Parteitag oder die Partei durch eine Abstimmung diesen Schritt billigt.“ Ohne Zweifel sind die deutschen Verhältnisse mit den finnländischen nicht identisch, so daß irgendein „Rat“ überflüssig erscheint. Aber auf zwei Momente sei doch hingewiesen. 1. Die Handlungen der letzten bürgerlichen Regierungen Finnlands deuten zum mindesten darauf hin, daß die Gefahr einer Reaktion droht. 2. Die Verhältnisse in Bayern und Preußen haben jedem klar gezeigt, welche günstigen Wirkungen die Teilnahme von Sozialdemokraten an der Regierung zeitigen kann. Zum mindesten sollte die Partei sich von jeder agitatorischen Rücksicht auf die Kommunisten freimachen, denn dies würde einen Rückfall in die Ideologie von 1918 bedeuten.

Bei einer Würdigung der bürgerlichen Parteien Finnlands ist zunächst auf den Gegensatz zwischen dem schwedisch- und dem finnisch-sprechenden Teil der Bevölkerung hinzuweisen. Die ungefähr 12 Proz. der Bevölkerung ausmachende nationale Minderheit hat sich zwecks Erhaltung ihrer Kultur und Sprache in der schwedischen Volkspartei zusammengefaßt. Einzig und allein durch diese Fragen wird die Partei zusammengehalten; denn in anderen innen- und außenpolitischen Problemen gehen die Meinungen der Mitglieder oft weit auseinander. Die Mehrheit dieser Abgeordneten steht aber, wie bei den Traditionen der alten schwedisch-finnländischen Herrenklasse nicht anders zu erwarten ist, weit rechts und bildet das eigentlich konservative Element im

finnländischen Reichstag. Eine wesentliche Schwenkung ist aber in der letzten Zeit im Rahmen dieser Partei eingetreten. Unter Führung des finnländischen Stinnes, des Abgeordneten Andersson, fordern die „Neuen“, daß die Partei nicht mehr doktrinär nur die Forderungen der nationalen Minderheit verkünde, sondern vielmehr das alle Bewohner Finnlands verbindende Gemeinsame in den Vordergrund stelle. Es ist noch nicht zu übersehen, ob diese „Neuen“ die Mehrheit der Fraktion bilden werden. Aber es ist doch zum mindesten zu erwarten, daß die „Neuen“ eine Beteiligung der schwedischen Partei an einer bürgerlichen Regierung durchsetzen werden.

Das Ideal des finnischsprechenden Bürgertums, die absolute Mehrheit im Reichstag, ist nicht erreicht worden, da sie es nur auf 99 Sitze brachten. Die stärkste bürgerliche Partei ist die Agrarpartei, die aus der Mitte ihrer 44 Abgeordneten sicherlich den Ministerpräsidenten stellen wird. Einst, als es galt, die Agrarreform durchzudrücken, die Pächter zu Eigentümern zu machen und den Besitzlosen Land zu verschaffen, war sie oft radikaler als die Sozialdemokraten. Jetzt schwenkt sie aber nach rechts ab und nähert sich immer mehr den finnländischen Stresemännern, der 38 Mann starken Einheitspartei, die seit ihrer 1918 erfolgten Gründung ständig an Einfluß und Stimmen gewonnen hat. Sie ist die Vertretung der Industrie, des Großgrundbesitzes und der höheren Beamten. Für die Schar ihrer Anhänger gilt das bekannte Wort: Was ich nicht definieren kann, sehe ich als Einheitspartei an. Die eigentliche Stütze der Demokratie, der Republik und des Fortschritts innerhalb des Bürgertums bildet die mit unseren linksstehenden Demokraten zu vergleichende Fortschrittspartei, die, ähnlich wie in Deutschland, auf Kosten der Einheitspartei zurückgegangen ist und jetzt mit 17 Abgeordneten die schwächste Partei bildet. Zum Verhängnis wurde ihr nicht so sehr ihre innen-, sondern vielmehr ihre außenpolitische Einstellung, die oft stark antideutsch war. Diese ehrlichen Republikaner haben es leider noch nicht vergessen können, daß man ihr Vaterland einst mit einem deutschen Prinzen beglücken wollte.

Es liegt in der Hand der finnländischen Sozialdemokratie, ob sie zusammen mit den Demokraten und Kleinbauern eine Regierung bildet oder das Regieren dem rechtsgerichteten Bürgertum überläßt. Von besonderer Bedeutung wird die Entscheidung deswegen sein, weil der Reichstag wesentliche wirtschaftspolitische Fragen zu regeln und eine stabile Währung für den wirtschaftlichen Aufbau des Landes zu schaffen hat. Neuordnung der Währung, Freihandel oder Schutzzoll, Verminderung der Steuerlast, Abrüstung, all diese Probleme hat der neue Reichstag zu behandeln. Wäre es nicht eine dankenswerte Aufgabe, hierbei im sozialistischen Sinne aktiv mitzuarbeiten?

Ergebnisse der spanischen Diktatur

Ein Beitrag zur Generalspolitik

Von Albin Michel

Als im September vergangenen Jahres Primo de Rivera in Barcelona seinen Militäraufstand inszenierte und die Militärdiktatur errichtete, sahen unsere Völkischen und Deutschnationalen in diesem meuternden General den starken Mann Spaniens und wünschten, daß auch in Deutschland so ein Held aufstehen möge, der das Parlament auseinanderjagt. Wie Primo de Rivera die „Wiederaufrichtung der Größe Spaniens“ als das einzige Leitmotiv seines Handelns verkündete, so ersehnen sich unsere Nationalisten einen Diktator, der den „alten Glanz Deutschlands“ wiederherstellt. Sehen wir zu, wieweit der spanische Militärdiktator seine groß-

spurigen Reden in Taten umgewandelt hat. Als Rivera — mit oder ohne Einverständnis des Königs, soll hier nicht entschieden werden — sein Willkürregiment begann, posaunte er in die Welt hinaus, daß Spanien spätestens in drei Monaten regeneriert sein werde, daß für das Land in der Innen- und Außenpolitik eine neue Epoche begonnen habe, ein Zeitabschnitt, in dem es nur noch ein Aufwärts, keinen Stillstand und kein Abwärts mehr geben könne.

Weit mehr als der doppelte Zeitraum ist bereits seit dem Tage des Pronunziamentos vergangen, aber von all den großen Voraussagen ist noch nichts eingetroffen. Rivera wollte den Feldzug in Marokko siegreich beenden, den Augiusstall der staatlichen Verwaltung reinigen, das spanische Wirtschaftsleben heben, die Armee reorganisieren usw. Aber so gut wie nichts ist erreicht worden. Noch immer drückt das Marokko-abenteuer auf das spanische Wirtschaftsleben; dadurch, daß in die Zivilbehörden überall Offiziere eingeschoben worden sind, ist die Verwaltung noch verworrener und ideenloser geworden, als sie vorher war. Rivera hat die Untersuchungen niederschlagen lassen, die sich gegen die Offiziere richteten, denen die Schuld an der großen Niederlage zugeschoben wird, die Spanien im Jahre 1921 eine ganze Armee mit allem Kriegsmaterial kostete. Wenn von Erfolgen Riveras gesprochen wird, so können sie nur nach der Richtung gesucht werden, daß er alle Einrichtungen und Vereinigungen verboten hat, in denen noch irgendwie freiheitliche und republikanische Anschauungen hervortraten. Der Diktator hat den alten, mehr als 60jährigen Rektor der Universität Salamanca verbannt und Republikaner ausgewiesen, er hat Gewalttaten gegen Gerichtshöfe begangen und es dahin gebracht, daß sich viele Politiker vom politischen Leben zurückgezogen haben. Damit dürften aber auch die „Erfolge“ Primo de Riveras so ziemlich erschöpft sein; denn die Separationsbewegung in Katalonien und der Regionalismus in Navarra, Biscaya und Valencia sind nur an der Oberfläche unterdrückt.

Von den Offizieren, von einem großen Teil der spanischen Bourgeoisie und auch von einem Teil des unwissenden „niedereren“ Volkes ist die Aufrichtung der Diktatur mit Freude und Hoffnung begrüßt worden, aber bereits jetzt, nach sieben Monaten, ist der Stern Primo de Riveras verblichen. Die Bourgeoisie Barcelonas, die reichste Spaniens, sah in Rivera den Retter des Landes und den Vertreter ihrer Interessen, unter den Platanen der Rambla, der breiten und eleganten Hauptstraße Barcelonas, hat der Diktator seine ersten Triumphe gefeiert. Aber als dieser aus Barcelona fortgezogen war, drängten sich bei ihm andere als industrielle Interessen hervor, galt ihm die Förderung der spanischen Industrie nur noch als eine Frage dritten Ranges. Um in Barcelona Anhänger zu gewinnen, scheint Rivera zunächst auch mit der katalonischen Autonomiebewegung geliebäugelt zu haben. Um so größer war dann in dieser Stadt, wie in ganz Katalonien, die Enttäuschung, als er gegen die Autonomiebestrebungen mit Gewaltmaßnahmen vorging. Wirtschaftlich hat sich nicht das geringste gebessert, nirgends ist auch nur ein Ansatz zu erblicken, wo die Diktatur wirtschaftlich und politisch, nach innen oder nach außen eine Konsolidierung erreichen könnte. Seit rund 15 Jahren führt Spanien Krieg in Afrika, und noch immer ist kein Ende zu sehen. Spanisch-Amerika aber, auf dessen Meinung in Spanien sehr viel gegeben wird, hat sich fast ausnahmslos gegen Rivera gewandt.

So ist in ganz Spanien Ernüchterung und Enttäuschung eingekehrt, und der Anhang des Diktators schwindet zusehends zusammen. Rivera wollte seine Macht nach Art Mussolinis aufrichten durch Schaffung einer faschistischen Armee. Er hat auch ein faschistisches Heer von mehr als 100 000 Mann errichtet, aber Riveras Somaten, seine Bürgerwehren, sind nur eine schlechte Parodie zu dem Faschistenheer in Italien. In Spanien ist der Militärdienst verhaßt, Spanien war am europäischen

Krieg nicht beteiligt, im spanischen Volke sind daher auch nicht jene psychologischen Verheerungen angerichtet worden wie in andern europäischen Völkern; die Militärspielerei reizt dort nicht sehr zur Nachahmung. So strömten den Somaten keine jungen, abenteuerlich gesinnten Leute, keine auf Gewalttaten eingestellten Männer zu, sondern fast ausschließlich ältere, bequeme, meistens schon dickleibige Leute, in den Städten kleine Beamte, die dazu gepreßt wurden, Krämer, Handwerker und Gastwirte, auf den Dörfern Bauern, Pächter, Dorfvorsteher und Schullehrer. Unsere Einwohnerwehren seligen Angedenkens waren straffe Organisationen gegen die spanischen Somaten; mit ihnen wird Rivera keine großen Aktionen unternehmen können. Ganz unmöglich ist es, mit ihnen Unternehmungen durchzuführen oder auch nur zu beginnen, die sich auf das ganze Land ausdehnen.

Herrn Primo de Rivera ist wohl auch schon aufgedämmert, daß sein Glanz zu erbleichen beginnt und daß Spanien seiner Regierungskünste überdrüssig wird. Deshalb geht er jetzt darauf hinaus, seine Diktatur „legalisieren“ zu lassen. Er will eine Partei gründen, die ihm und seinem Direktorium Stütze und Hilfe sein soll. Der Name dafür ist bereits gefunden, sie soll die „Patriotische Einigkeitspartei“ heißen und in sie sollen alle wirklich gutgesinnten Spanier aufgenommen werden. Aber der Nimbus Primo de Riveras hat sich verdunkelt, und so wird auch die Patriotische Einigkeitspartei für den Diktator kein Schutz mehr sein. Schon jetzt läßt sich voraussehen, daß Primo de Rivera in nicht allzu langer Zeit mit weit weniger Geräusch verschwinden wird, als er gekommen ist.

Gegen die unsoziale Aufwertung

Von Ottfried Vogel

Es ist hier und da vergessen worden, daß der Wahlkampf nicht zuletzt auch um die Steuer-Notverordnungen geführt wird. Die Auflösung des alten Reichstags erfolgte, weil die Anträge der Sozialdemokratie zur Beseitigung oder zur Besserung der Regierungsverordnungen nicht beraten, noch abgestimmt werden sollten. Unter diesen Anträgen war der für die Beseitigung der plumpen Ungerechtigkeiten in der Aufwertungsverordnung nicht der geringste. Es lohnt sich darum, noch einmal, kurz vor der Wahlentscheidung, das ungeheuerliche Unrecht der Aufwertungs politik, gegen die sich die Sozialdemokratie mit aller Schärfe gewandt hat und noch wendet, zu kennzeichnen.

Die 3. Steuer-Notverordnung hat uns die gesetzliche Aufwertung und die Besteuerung des Entwertungsgewinns (Inflationssteuer) beschert — noch in letzter Stunde vor Ablauf des Ermächtigungsgesetzes. Aufgewertet auf Goldmark soll werden ein Teil der auf Reichsmark (also Friedens- oder Papiermark) lautenden Schulden. Es kommt aber hierbei nur ein Teil der Schulden in Frage. Der andere Teil, insbesondere aus alten, erloschenen Rechtsverhältnissen, also bei denen die Schulden getilgt, die Hypotheken gelöscht sind, wird nicht nachträglich aufgewertet. Die Aufwertung selbst beträgt nur höchstens 15 Proz. des Goldmarkbetrages der Schuld. Der nicht aufgewertete Teil der Schuld, also bei Friedensmark 85 Proz., wird mit Inflationssteuer belegt. Wird überhaupt nicht mehr aufgewertet, so fällt der ganze, mit Papiermark getilgte Schuldbetrag unter die Inflationssteuer.

Die Aufwertung selbst soll in sehr verschiedenem Maße erfolgen. Zu 15 Proz. sollen nur die Hypotheken und ähnliche in das Grundbuch eingetragene Lasten aufgewertet werden. Andere Vermögensanlagen, wie Pfandbriefe, Schuldverschreibungen (darunter auch die Industrieobligationen), Sparkassenguthaben, Lebensversicherungen, sollen nur in dem Maße aufgewertet werden, wie diese wieder durch die Aufwertung von Hypotheken und durch andere Vermögensanlagen gedeckt sind.

Dazu soll der Schuldner aus seinem sonstigen Vermögen einen Zuschuß leisten. Dieser wird aber bei den öffentlichen Kreditanstalten, z. B. Hypothekenbanken und Sparkassen, nicht wesentlich ins Gewicht fallen, da von diesem Zuschuß noch ein Betrag zu den Verwaltungskosten abgezogen wird. Von den Sparkassenguthaben werden zuerst die Mündelgelder aufgewertet, aber auch nur auf höchstens 15 Proz., der Rest verbleibt für die übrigen. Nicht unter die Aufwertungsverordnung fallen ausdrücklich Ansprüche aus gegenseitigen Verträgen, soweit Vermögensanlagen nicht in Betracht kommen, aus Gesellschaftsverträgen, sowie Ansprüche auf wiederkehrende Leistungen, die auf Abfindungsverträgen beruhen, ferner aus Saldo und Kontokorrent. Also hier wird das Ermessen des Gerichts zu entscheiden haben.

Überhaupt nicht aufgewertet sollen die öffentlichen Anleihen werden. Ihre Verzinsung und Einlösung wird bis zur Erledigung sämtlicher Reparationsverpflichtungen — also ad calendae graecas — eingestellt. Damit wird der durch die Entwertung der Reichswährung schon lange ersichtliche Bankrott von Reich, Ländern und Gemeinden sozusagen hier öffentlich erklärt. Damit sind aber Hunderttausende von Mündeln, für die alle auf Veranlassung der Regierung Krieganleihe gezeichnet worden ist, und Millionen von Kleinrentnern zu armen Leuten gemacht. Millionen haben ihre letzten Ersparnisse als Krieganleihe dem Reich geliehen. Nun hat ihnen das Reich ihr Letztes genommen.

Ebenso ungleichmäßig wie die Aufwertung wirkt sich auch die Inflationssteuer aus. Es soll hier nur die Rede sein von Mietssteuer und Landabgabe.

Mietssteuer muß auf jedes Haus erhoben werden, und zwar kann die Belastung der Mieter bis zu 70 Proz. der Friedensmiete betragen. Landabgabe kann erhoben werden, und zwar nur auf Landbesitz, der mit einer auf Reichsmark (Papiermark) lautenden Hypothek (und dergleichen) belastet ist, oder bis zum 1. Januar 1919 belastet gewesen ist. Die Höhe beträgt hier nur höchstens 2 Proz. des Geldentwertungsgewinns, d. h. des Betrags, um den der Landwirt durch Nichtaufwertung bereichert ist. Ob überhaupt die Landabgabe, und in welcher Höhe die Mietssteuer erhoben werden soll, ist in das „Ermessen“ der Länder bzw. Gemeinden gestellt. Das muß aber zu ganz ungerechten Unterschieden in der steuerlichen Belastung führen. Insbesondere sind die Mieter — denn auf diese muß die Mietssteuer abgewälzt werden — durch die hohe Mietssteuer gegenüber den Landwirten ungeheuer im Nachteil.

Dazu kommt, daß bei der Bemessung der Landabgabe „auf die Leistungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe“ natürlich „Rücksicht“ zu nehmen ist. Ähnliches ist zwar auch bei der Mietssteuer gesagt. Aber die Leistungsfähigkeit der als Mieter in Betracht kommenden Bevölkerungskreise soll eben nur als Ganzes, nicht aber die Leistungsfähigkeit des einzelnen berücksichtigt werden. Daneben ist bei der Festsetzung der Miete ebenso Rücksicht zu nehmen auf die steuerlichen Bedürfnisse der Länder und Gemeinden, wie auf die ordnungsmäßige Unterhaltung der Häuser. Die Rücksichten bei Landabgabe und Mietssteuer sind also zu verschieden, um auch nur miteinander verglichen werden zu können. Das Ziel der Verordnung muß jedem deutlich in die Augen springen: Landwirte entlasten und Mieter belasten!

Dabei soll nach Möglichkeit die ganze Landabgabe zur Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung, dagegen nur („mindestens“) 10 Proz. der Mietssteuer zur Förderung der Neubautätigkeit verwandt werden, — obwohl das Wohnungselend zum Himmel schreit, also auch hier Verwendung der Steuer nur einseitig zum Nutzen der einen Bevölkerungsschicht, der Landwirte.

Aber damit nicht genug. Die Mietssteuer wird vom Hauswirt eingetrieben und abgeführt. Unter Umständen kann diese dem Hauswirt erlassen werden, wenn er nämlich in der glücklichen Lage gewesen ist, für seinen Hausbesitz Kredit zu finden und eine wertbeständige (Gold-)Hypothek aufgenommen hat. Dann soll aber keineswegs die Mietssteuer auch dem Mieter erlassen bleiben. Dieser hat sie im Gegenteil an den Hauswirt auch ferner zu zahlen. Man traut seinen Augen nicht. Das geht aber aus § 28 Abs. 6 der Verordnung klar hervor. Das ist wohl der erste Fall im neueren Staatsrecht, daß ein Bürger Mietssteuer, die andere Bürger aufgebracht haben, für sich einbehalten darf!

Das hat sein Seitenstück nur bei den römischen Steuerpächtern, die doch wenigstens etwas, wenn auch oft nicht viel, dem Staate abliefern. Diese Einbehaltung der Mietssteuer wäre nur dann gerechtfertigt, wenn der Hauswirt nachweisen könnte, daß er den ganzen Betrag der Goldhypothek zur Unterhaltung des Hauses gebraucht hat. Wie oft wird jedoch die Goldhypothek zu persönlichem Nutzen des Hausbesitzers, also nicht zum Nutzen des Hauses und damit der Mieter verwandt sein!

Die Steuer-Notverordnung ist so großzügig, daß sie die Länder für berechtigt erklärt, Landabgabe bis zu 100 Goldmark abgabefrei zu lassen. Damit sind aber viele Mittelbauern steuerfrei, alle, die einen Geldentwertungsgewinn bis zu 5000 Goldmark haben! Denn diese erst würden bei der Höchststeuer von 2% 100 G.-M. Abgabe ergeben. „Die erste Zahlung auf die Abgabe darf nicht vor dem 1. November 1925 fällig sein“ (§ 36). Hat ein Landwirt seine Hypothekenschulden mit Papiergeld-Lumpen abbezahlt, so „kann“ die Abgabe um den Betrag erhöht werden, den er nach der Aufwertungs-Verordnung eigentlich hätte zahlen müssen. Das gäbe eine sehr ergiebige Inflationssteuer. Aber ja sachte, sachte! Nur die größte Schonung für die notleidende Landwirtschaft! Diese Erhöhung ist in jährlichen Teilbeträgen von 2 — buchstäblich: zwei — Proz. zu entrichten, der erste nicht vor dem 1. November 1925, der letzten nicht vor dem 1. November 1975. Die Ratenzahlung kann aber unter Umständen noch weiter hinausgeschoben werden. Wer aber hierauf im voraus zahlt, bekommt 20 Proz. Rabatt. Man lese § 36 der 3. St.N.V.! Ja, ja, Rabatt in Steuer-Notzeiten!

Die ganze Verordnung ist ein wunderbares Kunstwerk — woraus ein Laie überhaupt nicht geseheidt wird und womit ein Jurist nichts anfangen kann. Es hat auf Schritt und Tritt große Mängel und Lücken. Aber vor allem muß das ungeheure Steuer-Unrecht in der maßlosen Verschiedenheit der Besteuerung der verschiedenen Klassen der Öffentlichkeit klargemacht werden. Hier weitestgehende Entlastung der Landwirte und Hausbesitzer, und hier schärfste Belastung der Mieter, also im wesentlichen der Arbeitnehmer, also der Bevölkerungsschicht, die Reich, Länder und Gemeinden 4 Jahre lang fast allein erhalten haben durch die Vorwegnahme eines Teils des Einkommens (Einkommensteuer). Wer hat diesen je Rabatt gegeben?

Es darf auch nicht unerwähnt bleiben, daß für die Verteilung der aufgewerteten Beträge bei den Geldinstituten (z. B. Sparkassen, Hypothekenbanken, Lebensversicherungsgesellschaften, Ausgebern von Industrie-Anleihen) ein neuer großer Behördenapparat, nämlich die „Treuhand“ und „Aufwertungsstellen“ aufgebaut werden muß, während in dieser Notzeit überall abgebaut werden soll.

Es wäre besser gewesen, man hätte die Finger von jeder Aufwertung gelassen. Das Reichsgericht wollte aufwerten nach billigen Ermessen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse beider Parteien. Die Verordnung will nur nicht in Höhe von 15 Proz. aufwerten, wenn es

eine grobe Unbilligkeit für den Haus- und Landbesitzer ist. Daß aber eine ebenso grobe Unbilligkeit für den Hypothekengläubiger vorliegen kann, wird in der Verordnung nicht berücksichtigt. Das widerspricht Treu und Glauben und jeder Gerechtigkeit. Man hat den armen Hypotheken- und Sparbuch-Inhaber nur Sand in die Augen gestreut. Sie kriegen entweder gar nichts oder so gut wie nichts, und das Wenige erst frühestens 1932. Oder ist das nicht so gut wie nichts, wenn man z. B. für seine sauer ersparten 10 000 Friedens-Goldmark im Jahre 1932 höchstens ganze 1500 M. wiederbekommt, mag es einem auch noch so schlecht gehen? Das ist doch schlimmer als beim Zwangsvergleich. Dabei „gelten rückständige Zinsen als erlassen“. Bis 1924 brauchen überhaupt keine Zinsen gezahlt zu werden. Von 1925 ab wird gütigst 2 Proz. Zinsen des Aufwertsbetrags, also ganze drei Zehntel Prozent des Hypothekenbetrages (gegenüber 48 Proz. Bankzinsen!) gewährt, der dann jährlich um 1 Proz. bis zu 5 Proz. steigt.

Richtig wäre es m. E. gewesen, wenn man die Aufwertung überhaupt verboten hätte, weil sie doch niemand gerecht werden kann, und einer immer Unrecht leidet, und weil sie auch nach den Grundsätzen des Reichsgerichts praktisch kaum durchführbar wäre. Besser wäre gewesen, wenn man statt der Aufwertung eine um so kräftigere Inflationssteuer erhoben hätte zum Nutzen der Sozial- und Kleinrentner, und zwar von allen in gleicher Weise, die sich durch die Inflation auf Kosten des Volksvermögens bereichert haben, insbesondere auch von den zahllosen Parasiten, die üppig gelebt und Luxus aufgehäuft haben und die heute noch frei ausgehen.

Richard Wagner als Antisemit

Von Dr. Hermann Hieber

II.

(Schluß)

In die sieben Jahre seines Dresdener Aufenthalts, 1842 bis 1849, fällt die Entwicklung Wagners vom Meyerbeerianer zum deutschen Romantiker im Sinne Webers und zum Begründer des Musikdramas eigenen Gepräges: vom Schöpfer des „Rienzi“ und „Fliegenden Holländers“ zu dem des „Tannhäuser“ und „Lohengrin“. Man könnte es demnach begreiflich finden, wenn er sich in dieser Zeit innerlich von seinem Vorbild freigemacht und seinem künstlerischen Antagonismus deutlichen Ausdruck gegeben hätte. Dann hätte sich aber diese Loslösung klar und unzweideutig vollziehen müssen — und gerade das vermißt man im Verhältnis des Schülers (wie er sich selber bezeichnet hat) zum Meister. Vielmehr treibt während dieser ganzen Jahre bis zur Flucht aus Deutschland Wagner ein unwürdiges Doppelspiel. Ende Dezember 1840 mahnt er Schumann von Paris aus: „Lassen Sie doch Meyerbeer nicht mehr so herunterreißen, dem Mann verdanke ich alles, und zumal meine baldige Berühmtheit.“

Das „Herunterreißen“ besorgte Wagner schon selber, aber nur heimlich. Kurz nachdem er sich „mit Bewunderung und Verehrung“ für die „unschätzbaren Freundschaftsdienste“ bedankt hatte, um die er „so Erwidernsunfähige“, Meyerbeer angesprochen, schreibt er an denselben Schumann unter dem 5. Januar 1842: „Halévy ist offen und ehrlich und kein absichtlich schlauer Betrüger wie Meyerbeer. Daß Sie aber auf diesen nicht schimpfen! ...“ Was ihn veranlaßt haben kann, Meyerbeer als Betrüger hinzustellen, ist schwer zu sagen. Erst im April 1842 scheint dem überaus langmütigen Maestro die Zudringlichkeit des inzwischen nach Deutschland übergesiedelten Wagner lästig geworden zu sein — wenigstens schreibt dieser an seinen

Schwager Avenarius (den Vater des späteren „Kunstwart“-Begründers): „Ich verlor gestern einen ganzen Tag, um M. anzutreffen, den ich dann erst am Abend flüchtig zu sprechen bekam.“ In der Autobiographie „Mein Leben“ bemerkt er über seinen ersten Besuch in Berlin: „Ich fand, daß ich Meyerbeer mit meiner Reise nach Berlin mich offenbar zu feurig erwiesen hatte. Immerhin zeigte er sich mir freundlich und geneigt, nur bedauerte er, soeben „auf der Abreise begriffen zu sein — ein Zustand, in welchem ich ihn später stets antraf, so oft ich ihn in Berlin wieder besuchte“.

Wagner verstand diesen Wink nicht oder wollte ihn nicht verstehen. In einem Schreiben, das die „herzlichsten Glückwünsche“ zum Erfolg von Meyerbeers neuester Oper „Ein Feldlager in Schlesien“ und die Bitte um Empfehlung des „Rienzi“ zur Aufführung an der Berliner Hofoper und die Wiederaufnahme des „Fliegenden Holländer“ enthält, verspricht er „seinem“, Meyerbeers, „Zwerchfell die herrlichste und wohlthuendste Erschütterung“, nämlich einen Bericht über Spontinis, Meyerbeers Rivalen und Todfeind, Durchfall in Dresden. In den Jahren 1844 und 1845, während der Vorbereitung des „Fliegenden Holländer“ in Berlin, genöß Wagner wiederholt Gastfreundschaft im Meyerbeerschen Hause: „Die Meyerbeer“ hat ihn in Abwesenheit ihres Mannes, wie er an seine Gattin Minna schreibt, „durch große Herzlichkeit und Teilnahme überrascht“. Noch im Januar 1846 schreibt er an den „absichtlich schlaunen Betrüger“:

„Mein hochverehrter Herr und Freund! In leidenschaftlicher Sorge um mein nächst zu gebärendes Kind, dem ich im voraus ein möglichst bestes Los auf Erden bereiten möchte, lege ich Ihnen die schon in meinem kürzlichen Schreiben berührte einfache, aber vielsagende Bitte ans Herz, bei dem König den Auftrag zu erwirken, diese Dichtung (es handelt sich um den „Lohengrin“) für sein Hoftheater in Berlin zu komponieren. Sollte es zweckmäßig sein, dem König die Dichtung selbst vorzulesen, so würde ich mich dazu schleunigst in Berlin einfinden ... Für ewig Ihr hochverpflichteter Richard Wagner.“

Aber Friedrich Wilhelm IV. konnte sich ebensowenig wie der neue Theaterintendant v. Rustner für die Wagnersche Muse begeistern. Das mag ein gut Teil dazu beigetragen haben, aus dem sehr königstreu und unterwürfigen Hofkapellmeister einen blutrünstigen Revolutionär zu machen, der noch zweimal, 1850 und 1860, sein Glück in Frankreich probierte, trotzdem er nach dem ersten Pariser Fiasko „seinem deutschen Vaterland mit hellen Tränen im Auge ewige Treue geschworen“ hatte. Endgültig und unwiderruflich deutsch ist er bekanntlich erst nach dem Durchfall des „Tannhäuser“ in Paris geworden. An seinem Berliner Mißerfolg mit dem Angebot des „Lohengrin“ machte er nach Art aller Judenfresser einen Unschuldigen verantwortlich. Den Verdacht, daß Meyerbeer, der nicht den geringsten Grund zu Neid oder Ehrfurcht hatte, gegen ihn in Berlin intrigiere, hat Wagner schon 1843 in einem Brief an seinen Freund Lehrs ausgesprochen:

„Man sieht es ja, was so ein Hans Narre, wie der Meyerbeer uns für Schaden macht — halb in Berlin, halb in Paris, bringt er nirgends etwas zustande, am allerwenigsten in Berlin ... das kommt davon, wenn man den Mantel so nach allen Winden hängen lassen muß wie Freund Giacomo.“

Noch mehr wurmt es ihn, daß man ihm künstlerische Abhängigkeit von diesem „Freund Giacomo“ vorwirft. Im selben Jahre schreibt er deshalb an Schumann:

„Das eine hat mich erschreckt und — ich gestehe es Ihnen — der Sache selbst wegen erbittert: daß Sie mir so in aller Ruhe hinsagen, manches in meinem „Holländer“ schmecke oft nach — Meyerbeer. Vor

allem weiß ich gar nicht, was überhaupt auf dieser weiten Welt Meyerbeerisch sein sollte, außer vielleicht raffiniertes Streben nach seichter Popularität . . . Gäbe es aber wirklich etwas Vorhandenes, Konsistentes, was Meyerbeerisch zu nennen wäre, wie man etwas „Beethovenisch“ oder meinerwegen „Rossinisch“ nennen kann, so gestehe ich, mußte es ein wunderbares Spiel der Natur sein, wenn ich aus dem Quell geschöpft hätte, dessen bloßer Geruch aus weiter Ferne mir zuwider ist; es wäre dies ein Todesurteil über meine Produktionskraft.“

Alle Gerüche aus diesem Quell haben ihn nicht von Versicherungen der wahrsten und dankbarsten Hingebung und Verehrung abgehalten, noch weniger davon, es sich bei Meyerbeers — bis in den Oktober 1847 hinein! — trefflich schmecken zu lassen, ja, dem „Hans Narre“ und „schlaun Betrüger“ durch einen Bekannten — anpumpen zu lassen. An einen gewissen Frommann schreibt er unter dem 9. Oktober 1846 wörtlich:

„Außerdem könnte er mir auch tausend Taler borgen, für die ich ihm gern 4 bis 5 Prozent Zinsen zahle.“

Erst 1850 konnte Wagner endlich die lästige Maske fallen lassen. In dieses Jahr fällt seine satirische Schilderung des Propheten, den er in Paris gehört hat, und im September dieses denkwürdigen Jahres erscheint in der „Neuen Zeitschrift für Musik“ in Leipzig das Urbild aller Dinteriaden, der Aufsatz „Das Judentum in der Musik“, in dem die echt demokratischen Sätze vorkommen:

„Wie all unser Liberalismus ein, nicht sehr hellsehendes Geistespiel war, indem wir für die Freiheit des Volkes uns ergingen ohne Kenntnis dieses Volkes, ja mit Abneigung gegen jede wirkliche Berührung mit ihm, so entsprang auch unser Eifer für die Gleichberechtigung der Juden viel mehr aus der Anregung eines allgemeinen Gedankens als aus einer realen Sympathie; denn bei allem Reden und Schreiben für Judenemanzipation fühlten wir uns bei wirklicher, tätiger Berührung mit Juden von diesen stets unwillkürlich abgestoßen . . . Noch jetzt belügen wir uns in dieser Beziehung nur absichtlich, wenn wir es für verpönt und unsittlich halten zu müssen glauben, unsern natürlichen Widerwillen gegen jüdisches Wesen öffentlich kundzugeben.“

Man fragt sich verwundert: wie hat es dieser vorsichtige Held und Bekenner, der seine Judenhetze unter dem Pseudonym „Karl Freigedank“ veröffentlicht hat, über sich gebracht, seinen instinktiven Widerwillen gegen die jüdische Rasse in den Fällen Lehrs, Porges, Zansig, Schlesinger neun Jahre lang und noch länger so täuschend zu meistern?!

Ueber Meyerbeer aber schreibt er ganz unschuldig:

„Wir glauben wirklich, daß er Kunstwerke schaffen möchte und zugleich weiß, daß er sie nicht schaffen kann: um sich aus diesem peinlichen Konflikt zwischen Wollen und Können zu ziehen, schreibt er für Paris Opern und läßt diese dann leicht in der übrigen Welt aufführen. — Heutzutage das sicherste Mittel, ohne Künstler zu sein, doch Kunst-ruhmsich zu verschaffen.“

Was mit diesem Schmutzurteil über den „täuschenden Komponisten“ Meyerbeer wieder einigermaßen aussöhnt, ist die — offenbar doch unbewußte — Selbstpersiflage. Nicht anders verfährt der Meister von Bayreuth, Karl Freigedank, mit Heine, von dem er sagt, er habe „sich selber zum Dichter gelogen, und dafür auch seine gedichteten Lügen von unsern Komponisten in Musik gesetzt erhalten“. Nicht allein, daß er selber eine klägliche französische Uebersetzung der „Beiden Grenadiere“ komponiert hat — er verdankt Heine (eine Tatsache, die er später selber geflissentlich verdunkelt hat

und nachdem seine Trabanten) die Ideen, ja selbst das szenische Gerüst zum „Fliegenden Holländer“ und zum „Tannhäuser“, die sich in den „Memoiren des Herrn von Schnabelewopski“ und in den „Göttern im Exil“ finden.

Wagner hatte — ich spreche immer vom Menschen, nicht vom Künstler — das unverdiente Glück, an einen durch und durch nobel gesinnten Gegner zu geraten. Meyerbeer hat nämlich von ihm Waffen, die ihm Karl Freigedank einst selbst in die Hand gelegt, überhaupt keinen Gebrauch gemacht: der Jude verstand sich offenbar nicht auf die „echt deutsche“ Kampfweise. Der Sturm der Empörung entlud sich zunächst über den Redakteur der „Neuen Zeitschrift für Musik“, den Professor Brendel in Leipzig, den die Veröffentlichung des Freigedank-Artikels um ein Haar seine Existenz gekostet hätte. Wagner selber schleuderte aus sicherem Exil noch weiter antisemitische Giftpfeile, z. B. „Deutsche Kunst und deutsche Politik“, worin die schöne Bezeichnung „politischer Bunkelsänger“ für Heine vorkommt, und „Aufklärungen über das Judentum in der Musik“, 1869 geschrieben in Tribschen bei Luzern. Darin gibt sich Wagner, der sich immer vortrefflich auf diese Rolle verstanden hat, für einen Märtyrer aus, und zwar für ein Opfer des jüdischen Kesseltreibens gegen ihn. „Dies ward durch einen Wiener Juristen erreicht, welcher großer Musikfreund und Kenner der Hegelschen Dialektik war, außerdem aber durch seine, wenn auch zierlich verdeckte, jüdische Abkunft besonders zugänglich befunden wurde . . . Dieser schrieb nun ein Libell über das „Musikalisch-Schöne“, in welchem er für den allgemeinen Zweck des Musikjudentums mit außerordentlichem Geschick verfuhr . . . so gelang es, die moderne jüdische Musik als die eigentlich „schöne“ Musik aufzustellen . . . wenn er nun im gelesensten politischen Blatte auch als Rezensent auftrat . . .“

Man wird gemerkt haben, wer und was gemeint ist: Eduard Hanslick und die „Neue freie Presse“, der er seit 1864 angehörte. So wurde mit dem antisemitischen Rezept weiter gearbeitet, um sich die Gegner bequem vom Halse zu schaffen. Das Ganze, von jenem ersten Bettelbrief aus Königsberg von 1837 an bis in die letzten Phasen des unsauberen Kampfes Richard Wagners gegen das Judentum ist jedenfalls ein ungemein lehrreiches, geradezu typisches Beispiel für die deutsch-nationale antisemitische Kampfweise überhaupt. Um seines symptomatischen Wertes willen so gut wie aus musikhistorischem Interesse übergebe ich diesen Fall der Oeffentlichkeit.

Der Reichstag geht um — Knüppel aus dem Sack

Von Josef Maria Frank

Um einen dich offenbar drückenden Mangel abzuhefen, den du bisher bitter beklagt hast, besahst du deine Parteien, überrascht man dich nun, um dich von deinem „Minus“ zu befreien, mit statt bis dato „nur“ elfen mit — 23 Parteien!

(Siehst du, wie man an dich denkt! Hast du aber Schwein!

Verflucht und zugenäht! Au backe! Mensch! Ist das aber fein!

Lieb' Vaterland, nu kannste aber wirklich beruhigt sein!

Soviel Auswahl gibt's ja nicht einmal in der „Weißen Woche“!

Das ist der Anfang der definitiven Epoche!)

Also nu ran an den Speck: Ihr braucht nur an den Knöpfen abzuzählen (jetzt ist alles so einfach!) und dann nur den betr. Knopf zu wählen. Hoch teutscher Familiensinn! Du hast's erreicht! Dir wird nichts schwer! Es lebe der betr. Abzählknopf! (Vielleicht kommt sogar ein „Knopf“ hinterher?)

Wer aber immer noch nicht zufrieden ist, unterlasse das Geschrei und warte bis zur nächsten Wahl; denn vermutlich wird diese aller menschlichen Berechnung nach abgelöst durch die Devise: „Jeder Deutsche seine eigene Partei!!!“

Eines ist merkwürdig symbolisch, daß die teutsche Zunft sich zur-Wahl-vorbereitenderweise mit Revolvern und Messern versammelt und sich gegenseitig mit Maßkrügen und Stuhlbeinen die Hirne verrammelt am Geburtstage des Kritikers „Der reinen Vernunft“.

Das ist doch entschieden auffällig und allerhand, daß man sich mit routinierten Jiu-Jitsu-Tricks und Schimpfkloaken die betr. Parteiprogramme eintrichtert (nicht zu vergessen die Kinnhaken!), gewissermaßen eine Ehrung für Immanuel Kant!

(Ein Beweis, daß der Teutsche wie immer aufgepaßt hat und den „Kategorischen Imperativ“ richtig aufgefaßt hat, nämlich so: „Will er nicht dein Bruder sein, dann schlag ihm nur den Schädel ein!“)

In hoc signo vinces! Sic est! In dem Zeichen muß man siegen! Da muß sogar Kant staunen und seine „Vernunft“ unterliegen! Heil dir (im Volksliedton), du Land, so hehr und groß! Hier ist was los!!!

Sogar des Zeitgeists Kritikaster wird erregt, wenn er sich ausmalt, was im Hohen Haus: „Dem Deutschen Volk geweiht!“ sich, wenn es vull ist, nächstens abspielt (Meine Zeit . . .!) und was sich tut sich — macht sich und bewegt.

Er sieht schon visionär Herrn Ludendorff die Blitze spritzen und hört die Orden klirren, weil eine Faust sich auf die Heldenbrüste schlug, und den Messias Louis Häußer (M.d.R. u. barfuß) brüllen: „O du Höllentrug! ICH! O, ihr Satansbrut! Will euch den Hinteren zerfitzen!“

Zerbeulte Hakenkreuze, Sowjetsterne werden durch die Lüfte mit Tintenfässern sich ergießen, lieblich wird die Glocke läuten, Zwischenrufe, Kindertuten werden schmettern (O du Volk mit der bew. geistig hohen Stufe!) und Indianerkraach! Stinkbombendüfte!

Und zum Amüsemang der dabei nichtbeteiligten p. t. M. d. R.'s wird die Tribüne Kampfarena, Haare werden fliegen und noch andere Sachen, dufte Rufe: „Jib' ihm knorke!“, „Haut die Juden!“! Man wird — lachen! (Mach du dir selber man hierauf den Vers!)

Die KPD wird in der Ecke dazu eine Orgel drehen; sie läßt als Rundfunk tönen: „Auf dem Dache sitzt ein Greis, der sich (trotz aller teutschen Oichen) nücht zu hölfen weiß!“ und „Kinder! Ihr könnt ruhig heme gehen!“

(O Teutscher, wenn du nicht selber hierbei ruhig bleibst und das Delirium tremens vorher aus den Schädel treibst, wirst du's erleben: „Panem nicht, jedoch Circenses!“ Das wird sodann die Frucht sein deines Lenzes!“)

Des Zeitgeists Kritikaster packt dich drum am Ohr und flüstert dir: „Mein Freund, schieb' einen Riegel vor! Zähl' nicht die Knöpfe ab und wähl' nicht wild, sonst wird die Vision ein Zukunftsbild! Sei vernünftig, sei — egoistisch! Wähl' mit Verstand und wähl nicht mistisch! Wähl' so, daß es keine Tragödie wird! So kostet dich der Spaß dein Fell! Also, Teutscher: Sei — wach und hell!“

Leben und Werk des Hans Baluschek

Von Erich Kuttner

Sklavenketten sind schwer abzustreifen. Innere noch schwerer als äußere. Nur Weltfremdheit vermag zu glauben, daß eine revolutionär emporstrebende Schicht Unterdrückter sofort alles Revolutionäre in Kunst und Literatur begeistert umjubeln werde. In Geschmacksdingen ist der Unterdrückte weit konservativer als die geistig beweglichere Unterdrückerschicht. Selbst wenn der Unterdrückte sich von der Ideologie, mit der ihn seine Beherrscher einfangen wollten, schon längst losgerungen hat in seinem politischen, religiösen, moralischen Denken, — am zähesten und längsten hängt er an seinem kitschigen und altmodischen Kunstgeschmack, oft schon deshalb, weil ihm hier eine Revision seiner Ansichten überflüssig erscheint. Lassalle hatte gut reden, wenn er am Schlusse seines „Arbeiterprogramms“ mahnte:

Es ziemen Ihnen nicht mehr die Laster der Unterdrückten, noch die müßigen Zerstreuungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinns der Unbedeutenden . . .

Sie ziemen nicht, aber — sie sind da, weil sich eben die „Laster der Unterdrückten“ nur durch geduldigste Erziehung ausrotten lassen.

So hat auch das Verhältnis zwischen Partei und moderner Kunst lange Zeit etwas vom „kleinen Manne“ an sich gehabt. Gewiß, man hat in Feuilletons und Artikeln den konsequenten Naturalisten seine Verbeugung gemacht. Man hat einen Arno Holz gelobt, man hat den Dichter der „Weber“ gepriesen, man hat einen Baluschek ermutigt. Aber wenn nun die Partei selber etwas herausgab, ein Plakat, eine Festschrift, ein illustriertes Blatt, dann erschien es oftmals so, als ob die gepriesene moderne Kunst gar nicht für die Partei existierte. Gar zu oft wurde das hohle Pathos eines Anton v. Werner oder Joseph Lauff ins Proletarische übertragen und der Mangel an jeglichem Kunst- und Stilgefühl durch Tüchtigkeit der Gesinnung ersetzt, die im rein Stofflichen sich demonstrierte.

Aehnlich war das Verhältnis des Parteibuchhandels zur Kunst. Neben der offiziellen und offiziellen, wissenschaftlichen und politischen Parteiliteratur blieb der Kunst kaum Raum. Warum, könnte man heute fragen, warum mußte Arno Holzens „Buch der Zeit“, warum mußten Hauptmanns „Weber“ usw. in bürgerlichen Verlagen anstatt in einem sozialistischen erscheinen? Im letzten Grunde: weil für nicht streng parteimäßig Abgestempeltes kein Interesse da war. Und erschien wirklich mal ein belletristisches Buch in einem Parteiverlag, so war die Aufmachung eine derart „proletarische“, d. h., technisch-buchhändlerisch kümmerliche, daß der Sortimentsbuchhandel schon aus diesem Grunde solche Ware nicht gerne weitervertrieb. (Das war viel wesentlicher als der „Boycott“, auf dem sich die sozialistischen Verleger herausredeten.) Allerdings, eins kam hinzu: da sich auch hier künstlerisch minderwertige,

nur in der Tendenz, nicht in der Kunstform revolutionäre Produkte vorzudrängen, so festigte sich die Meinung, ein Werk schon deswegen nicht als ein literarisches zu werten, weil es in einem Parteiverlag erschien. Was wiederum jeden Künstler abschrecken mußte, einem sozialistischen Parteiverlag seine Produkte anzuvertrauen.

Aus diesem Circulus vitiosus scheint jetzt unter einer mutigen Leitung der J. H. W. Dietz-Verlag herauszustreben. Die Ankündigung einer Gesamtausgabe des Werkes von Arno Holz bedeutet einen Bruch mit bisherigen — einseitigen — Traditionen. Vorher aber erscheint, gleichsam als Auftakt des neuen Kurses die Baluschek-Biographie Friedrich Wendels. Ein Wort des Lobes zunächst über die Ausstattung: sie zeugt für das vernünftige Bestreben, nicht hinter dem Besten zurückzustehen, was der bürgerlich Verlagsbuchhandel auf diesem Gebiet leistet. Dieses Buch werden die Sortimenter nicht boykottieren.

Zur Sache: Für einen ersten Schritt auf unbetretene Gebiete war unter den innerlich abgeschlossenen Vertretern der modernen Malerei kaum eine geeignetere Persönlichkeit zu finden als Hans Baluschek, bei dem in seltener Harmonie Liebe zur Kunst und Liebe zu den Ausgestoßenen des Daseins konform gehen. Freilich mit „l'art pour l'art“ Methoden, mit Theorien, denen nur das „Wie“, nicht das „Was“, nicht der Gegenstand des Dargestellten gilt, mit ihnen ist dieser Erscheinung nicht beizukommen. Das Lebenswerk Baluscheks höhnt geradezu den Erklärer, der da behaupten wollte, daß Baluschek bestimmte Methoden der Malerei „zufällig“ an proletarischen Menschen als Modellen angewandt habe. Nein, Baluschek wollte, wollte sehr absichtlich ein Bild dieser Klasse geben, und Wendel ist als Darsteller dieser Kunst durchaus im Recht, wenn er des Meisters Willen und seine Verwirklichung mit materialistischen Methoden prüft und eine soziologische Analyse des Gesamtwerkes durchführt. In dieser Hinsicht dürfte sich die Wendelsche Monographie grundsätzlich von allen bisherigen unterscheiden. Sie ist der erste Versuch einer sozialistischen Kunstbetrachtung in der Malerei mit Beziehung auf das gesamte Werk eines Künstlers. Ein wackerer Versuch, — aber noch kein volles Gelingen. Denn mir scheint, daß neben dem „Was“ der Baluschek-schen Malerei auch ihr „Wie“ eine eingehendere Analyse erfordert hätte. Was ich vermisste, ist der Nachweis, warum Baluschek kein sozialistischer Anton v. Werner ist, sondern wo seine — beträchtlichen — künstlerischen Qualitäten liegen. Vielleicht hätte sich da manch interessanter Zusammenhang zwischen der Weltanschauung des Künstlers und seinen künstlerischen Ausdrucksmitteln aufzeigen lassen. Denn so wenig ich das Stoffliche gering schätze, — in ihm allein liegt die Weltanschauung des Künstlers nicht. Es kann sich schließlich selbst hinter proletarischen Stoffen ein spielerischer Aesthet oder — wie ich das häufiger mit Entsetzen erlebte — ein gedankenarmer Stümper verstecken. Baluscheks Reichtum, seine Kämpfernatur — nur ein Kämpfer ist innerlich reich — offenbaren sich erst völlig, wenn man auch den „Timbre“ seiner malerischen Stimme aus dem einheitlichen Komplex einer in sich geschlossenen Weltanschauung begreift.

Jedoch, das Buch als ersten mutigen Versuch würdigen, heißt, über dem Unvollkommenen das Geglückte betonen. Geglückt ist die Darstellung in ihrem einheitlichen, zielsicheren und klarverständlichen Aufbau. Geglückt ist die Vermittlung eines künstlerischen Eindrucks in 120 anständigen Reproduktionen. Nur kann ich hier einen Wunsch für eine hoffentlich bald notwendige Neuauflage nicht unterdrücken: zwischen Text und Reproduktionen einen stärkeren Konnex herzustellen.

WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

Das Kartellproblem

„Die wesentliche Ursache der Schwierigkeiten liegt in einer in der Inflation hervorgerufenen und immer noch künstlich aufrechterhaltenen falschen Organisation unserer Wirtschaft. Es werden die gänzlich unwirtschaftlichen Betriebe in Handel, Gewerbe und Bankwesen künstlich durchgehalten. Dadurch wird die Lebensweise der breiten Volksmassen in unproduktiver Weise verteuert und das Preisniveau gesteigert.“ Mit diesen Bemerkungen machen die deutschen Gewerkschaften in ihrer Eingabe an den Reichskanzler vom 11. April auf das Problem der falschen Wirtschaftsorganisation aufmerksam. Diejenigen Organisationen, die eine Einwirkung auf die Preisgestaltung haben und es den unwirtschaftlichen Betrieben ermöglichen, sich zu halten, sind die Kartelle und Syndikate.

Diese stehen seit längerer Zeit im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Von den lebhaften Klagen der Verbraucher veranlaßt, erließ die Reichsregierung die vom 2. November 1923 datierte „Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen“ und versuchte dadurch, eine rechtliche Grundlage für das Einschreiten gegen die in so großem Maße überhandnehmende Kartellwillkür zu schaffen. Die Regierung hatte — ihre Initiative ging namentlich von dem Genossen Hilferding als damaligem Finanzminister aus — die Absicht, gegen die Kartelle vorzugehen, wenn es das öffentliche Interesse erforderte oder wenn die einzelnen Kartellbestimmungen für die Kartellmitglieder als lästige Fesseln ihrer Bewegungsfreiheit empfunden würden. Paragraph 8 der Verordnung räumt jedem Kartellmitglied das Recht zur fristlosen Kündigung von Kartellverträgen ein, wenn die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit bei der Erzeugung, der Preisgestaltung oder dem Absatz wesentlich eingeschränkt wird.

Mit den Kartellen steht ein Wirtschaftsproblem zur Debatte, das in den letzten dreißig Jahren den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland wesentlich beeinflusste. Die in dieser Zeit mächtig aufstrebende Industrie bediente sich der Kartelle und Syndikate, um ihre Machtstellung vollständig zur Geltung zu bringen. Mit den Kartellen wurde in Deutschland die Manchestertheorie endgültig zu Grabe getragen, mit ihrer Hilfe wurde der durch die Schutzzollgesetze abgesperrte deutsche Innenmarkt zum großen Teil monopolisiert und eine Konzentration der Industrie gefördert, die ohne deren Bestehen nicht zu verzeichnen gewesen wäre. Die Kartelle waren die mächtigsten Waffen der deutschen Industrie in der Vorkriegszeit, auf der Geschlossenheit ihrer Organisation beruhte ihre Exportfähigkeit. Denn nur durch das Bestehen eines teilweisen oder vollständigen Monopols im Innern konnten deutsche Waren im Ausland billig abgesetzt werden. Teilweise wurde der Schleuderelexport im Auslande unangenehm empfunden und führte zu lebhaften Klagen gegen die deutsche Industrie. Man denke nur an die Machinationen des deutschen Stahlwerksverbandes, dieses in der Vorkriegszeit mächtigsten aller deutschen Kartelle.

Schon einmal, vor 20 Jahren, fühlte die deutsche Reichsregierung sich veranlaßt, gegen die Kartelle einzuschreiten. Sie veranstaltete in jahrelangen Verhandlungen und unter Aufwand riesiger Kosten eine Kartellenquete, deren Resultate in dem umfangreichen Werk „Kontra-diktorische Verhandlungen über deutsche Kartelle“ niedergelegt sind. Diese Schrift ist auch heute noch lesenswert.

Im Kriege und in den nachfolgenden Jahren, jener Zeit typischer Warenknappheit, trat die Wirksamkeit der Kartelle in der Hochhaltung der Preise sehr unliebsam hervor. Ihre Macht und die Möglichkeit, den inländischen Markt rücksichtslos auszubeuten, wurde künstlich gesteigert durch die Inflation, die jede ausländische Konkurrenz fernhielt. Deutsch-

land war durch die Geldentwertung wie mit einer unübersteigbaren chinesischen Mauer umgeben. Die sich überschlagenden Preissteigerungen der Inflationsperiode waren im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß fast jeder Zweig der deutschen Wirtschaft straff kartelliert und das verbrauchende Publikum oder die weiterverarbeitende Industrie diesen Methoden einer unökonomischen Wirtschaftsführung auf Leben und Tod ausgeliefert waren.

Während der Regierungszeit des Genossen Robert Schmidt als Reichswirtschaftsminister und seines Staatssekretärs Professor Hirsch wurde auf verschiedenen Wegen versucht, der schädlichen Wirkung der Kartellpolitik zu Leibe zu gehen. Wir erinnern an die Bildung des Reichskohlenrats, des Eisenwirtschaftsbundes und andere Maßnahmen. Der leidenschaftliche Kampf der Industrie gegen diese Männer war nicht zuletzt auf ihre Tätigkeit gegen die schädlichen Wirkungen der Kartelle zurückzuführen.

Die Kartellverordnung vom 2. November hat ihre Wirkung bereits teilweise getan. Namentlich ist das durch die Verordnung geschaffene Kartellgericht in ausgedehnter Weise in Tätigkeit getreten. Zahlreiche Firmen haben das ihnen durch die Verordnung gegebene Recht der Kündigung ausgeübt. Bis Anfang April wurden beim Kartellgericht 135 Kündigungen von Kartellverträgen anhängig gemacht, die sich gegen 73 Kartelle richteten. Ein Beweis, daß ein großer Teil der kartellierten Firmen unter dem Druck der Not eine Befreiung wünscht, um unter günstigeren Bedingungen frei verkaufen zu können. Diese Flut von Kündigungen hat aber auf die Kartelle selbst günstig eingewirkt. Sie sind dazu übergegangen, die Bedingungen über den Absatz, die Preise, die Lieferungsbedingungen usw. zu mildern, so daß die Mitglieder nicht in allen Teilen an die harten Paragraphen ihrer Kartelle oder Syndikate gebunden sind. Diese Vorbeugungsmaßnahmen sind sicher zu begrüßen, und man wundert sich eigentlich immer wieder, daß erst gesetzliche Eingriffe notwendig sind, um bei den Führern der Industrie das Verständnis für eine der Allgemeinheit Rechnung tragende Wirtschaftsgestaltung wachzurufen.

Eine restlose Beseitigung der Kartelle und Syndikate wäre auch vom Standpunkt der Arbeiter nicht zu begrüßen. Sie tragen teilweise noch in ausgedehnter Weise zur Regelung der Produktion, zur Normalisierung und Typisierung der Erzeugung usw. bei. Ihre schädlichen Wirkungen jedoch müssen mit allen Mitteln unterbunden werden; sie äußern sich im allgemeinen im folgenden:

Die inländischen Preise liegen noch weit über dem Weltmarktpreis. Die niedrigen Löhne rechtfertigen eine derartige Preisüberspannung keineswegs. Eine Herabsetzung der Preise wird aber so lange verhindert, wie die scharfen Kartellbestimmungen bestehen. Devisennot und Mangel eines deutschen, im Auslande zu verwendenden Zahlungsmittels beschränken die Einfuhr, die als Preisregulator wirken könnte. Es ist eine unbedingte Notwendigkeit, zu verhindern, daß die bestehenden anormalen Zustände von den Kartellen rücksichtslos ausgenutzt werden. Die in allen Zweigen der Industrie und des Handels bestehende über-setzte Zahl von Betrieben wird durch die Maßnahmen der Kartelle unnützerweise aufrecht erhalten. Mit Recht wird in der Eingabe der Gewerkschaften an die Regierung auf die Uebersetzung der Betriebe mit folgenden Worten hingewiesen: „Es ist die Ausscheidung der zahlreichen parasitischen Zwischenglieder aus der Wirtschaft notwendig, die heute durch den übermäßigen Gewinn bei einem relativ kleinen Umsatz künstlich gehalten werden.“ Die verkleinerte deutsche Volkswirtschaft ist nicht in der Lage, die zahlreichen Betriebe und Unternehmungen durchzuschleppen, die in einer Zeit hemmungsloser Konjunktur entstanden. Ein Reinigungsprozeß, wahrscheinlich schmerzvoller Art, muß einsetzen, damit eine geregelte Volkswirtschaft, auf genauester Kal-

kulation eingestellt, vorhanden ist. Dies ist solange unmöglich, als Gebilde vorhanden sind, die durch übermäßig gehaltene Monopolpreise eine Ausmerzung der überflüssigen Wirtschaftsglieder verhindern.

Das Kartellproblem, das die Blütezeit der deutschen Industrie befruchtete, steht am Wendepunkt einer neuen Epoche. Auf der einen Seite die großen Konzerne, die jede Bindung als eine Fessel empfinden und von sich aus stark genug sind, den Preiskampf durchzuhalten. Auf der andern Seite verlangt die durch mannigfache Umstände beeinflusste Entwicklung der letzten Jahre eine Neuorientierung, die auch von der Industrie Opfer fordert. Hat sich die deutsche Volkswirtschaft auf die durch den Krieg gegebenen Verhältnisse vollständig umgestellt, dann wird sich übersehen lassen, ob Kartelle und Syndikate im allgemeinen Interesse notwendig sind oder nicht.

Mercur.

RANDBEMERKUNGEN

Ufa-Diplomatie

„Es gibt in der Weltgeschichte keine tückischeren Gesellen, keine rücksichtsloseren Wortbrecher, keine kälteren Mörder als die Germanen, aber, und das ist der springende Punkt, es waren allezeit Menschen, die zu ihrem Wort und zu ihren Taten standen und die mit derselben unerhörten Nichtachtung, mit der sie fremdes Gut, fremdes Leben, fremde Ehre zerbrachen, die Folgen ihrer Taten auf sich nahmen und auf eine so trotzig Weise zu sterben verstanden, daß ihr Tod meistens glorreicher und ruhmwürdiger war als ihr Leben.“

Diese Charakterisierung germanischen Wesens stammt nicht etwa aus der Schmiede haßerfüllter Ententepropaganda noch aus dem hirnlosen Großmaul eines völkischen Stahlbademeisters, sondern aus der Feder einer poetischen deutschen Frau. Thea von Harbou, die auf Grund ruhmreicher Vergangenheit als Ullsteinromanschreiberin bemüht ist, dem Film zu geben, was eigentlich der Literatur ist, im besonderen Falle das Nibelungenlied im Bildstreifen verstummeln zu lassen, hat sich in einem, dem größten Teil der Berliner bürgerlichen Presse beigelegten illustrierten Reklame-Waschzettel diese kulturgeschichtliche Betrachtung entgleiten lassen. Dem Ausland, soweit es immer noch skeptisch und

böswillig ist, muß dieses Selbstbekenntnis deutschen Wesens ein gefundenes Fressen sein, um die huns und boches wieder in ihrer ganzen viehischen und aufgeblasenen Scheusüßigkeit auferstehen zu lassen. Die Herrschaften vom Filmgeschäft, die ja doch sonst durch so geschäftige Pressegehilfen allenthalben beraten und gedeckt werden, haben diese Wirkung nicht sehen können oder wollen.

Solche kulturmoralische, psychologische Rechtfertigung ist im Grunde nur eine Maske, um für Vorgänge, Charaktere und Stimmungen Reklame zu machen, die den sadistisch überreizten Geschmack des Filmpöbels stacheln kann. Die atemraubenden Brutaltaten und physischen Roheiten, die der Krieg den Massen aufzwang, sind in eine bestimmte Klasse von Filmen unter historischer Verkleidung wieder eingeschmuggelt worden. Daß die Reklame der Filmindustrie das unterstreicht und darauf lüstern macht, ist selbstverständlich. Sie darf nur nicht glauben, daß man ihr das weltgeschichtliche Pathos dabei abnimmt, oder daß man ihr plumpe Anreißertum in seinen politischen Wirkungen für gleichgültig hält. Daß aber die bürgerliche Presse sich zum Mitwisser und Mittäter dieser unbedenklichen Geschäftsreklame macht, setzt sie dem Verdacht aus, daß sie die ihr für die Verbreitung der illu-

strierten Reklameblätter gemachten Zuwendungen als einen Fingerzeig für die kritische Behandlung der Film-Aufführung betrachten könnte, einem Verdacht, den sie schon wegen der verhängnisvollen politischen Wirkungen vermeiden müßte.

Prokurator.

Wahl-Kunst

Darunter ist nicht die Kunst zu wählen verstanden, sondern die künstlerischen oder so gemeinten Kundgebungen, deren sich der Wahlkampf bedient. Es sind allerdings, um es gleich zu sagen, meistens nur „so gemeinte“ Kundgebungen, und zwar sind es hauptsächlich die Rechtsparteien, bis in die Demokraten hinein, die mit der geschwungenen Linie und dem gehämmerten Wort durch sachliche Argumente nicht erreichbare Wirkungen anstreben. Die Plakate stehen kellertief unter den Neuruppiner Bilderbogen. All die großen Schlagetots der preußischen Militärgeschichte müssen aufmarschieren, um denen teils um Hergt, teils um Stresemann die nötige Ahnenweihe zu geben: der Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg mit langem Zottelhaar und Bierbacken, Blücher, der wie der General Mackensen aussieht und uns „den Rhein so freigemacht“ hat, wie es jetzt wieder die Volkspartei tun wird. Die Völkischen lassen eine Karte Mitteleuropas von der schwarz-weiß-roten Flagge überfluten, an deren Nordostende ein etwas deklassierter Bismarckkopf, an dessen Südwestseite ein grinsender Totenschädel tiefere, wenn auch nicht erfassbare Symbolik vortäuschen.

Die Rentenmark ist ja nun wirklich etwas, dessen sich niemand zu schämen hat. Infolgedessen haben alle Parteien sie „geschaffen“. Am freigebigsten, in dem was geleistet ist und versprochen wird, ist jedoch die Volkspartei. Am Potsdamer Platz arbeitet sie mit ihren Meriten in Leuchtschrift. Zwischen Kavalier-Zigaretten und Edellikören, zwischen intimen Bekleidungs- und heiklen Gebrauchsgegenständen leuchten die Kraftworte aut, wie

die Zehngebote, die die Partei des republikanischen Außenministers in das Volk schleudert. „Wer schuf die Rentenmark? — Die Deutsche Volkspartei!“ — „Schulzediktiner, der deutsche Edellikör!“ — Die Deutsche Volkspartei: gegen den Marxismus“. — „Suleima, die vornehme Orientzigarette! — „Wer brachte den deutschen Kronprinzen in die Heimat? — Die Deutsche Volkspartei!“

Nebenan wird mit Schwarz-Weiß-Rot und ähnlichem Plunder aus der wilhelminischen Garderobe für Kahl, Raumer usw. Stimmung gemacht, und man muß sagen, daß der Geist von Weimar herrlich durch den von Potsdam hier verdrängt erscheint.

Aus den einprägsamen Kurzzeilern, die zumeist an den verstorbenen Straßen- und Gelegenheitsdichter Matthias Weber erinnern, verdient einer angenehm zu werden — der allerdings nur gut erfunden sein dürfte:

Wer sichert das Zwölf-Pfennig-Ei?
Allein die Deutsche Volkspartei!

Max.

Das Faulbett der Opposition

Genosse Paul Levi veröffentlicht in seiner Korrespondenz einen vortrefflichen Artikel über die Erstarrung der kommunistischen Geheimlehre und über die Schematisierung der kommunistischen Propaganda. So schreibt er: „Man kann getrost sagen: die kommunistische Lehre ist auf dem Wege, eine Kabbala zu werden, die schließlich nur einem kleinen Kreis Eingeweihter verständlich wird...“ Des weiteren wendet sich Levi gegen die krampfhaft Bemühung, die deutschen Verhältnisse nach russischem Maßstab zu messen, Hitler zum deutschen Pulischkevitsch, Seeckt zum deutschen Kolttschak, Scheidemann zum deutschen Kerenski zu machen. „Alle deutschen Verhältnisse werden“, sagt Levi, „offenbar, um ihr Verständnis denen zu erleichtern, die über die deutsche Revolution zu Gericht sitzen, auf russische Typen reduziert“.

Besondere Beachtung verdient, daß Genosse Levi sich in solchem Zusammenhang gegen die Oppositionshysterie der deutschen Kommunisten wendet; mit treffendem Hohn spricht er: „Vom vergnüglichen Brot der Opposition“, von dem die kommunistische Partei in Sachsen gelebt hat, und von „dem vergnügten Faulbett der Opposition“, von dem die sächsischen Kommunisten, sehr gegen ihren Willen, durch ein Moskauer Diktat aufgeschreckt wurden.

Das Faulbett der Opposition: Genosse Levi wird für dieses klare Wort Dank verdienen, besonders dann, wenn das Wahlergebnis der Sozialdemokratie Möglichkeit gibt und Pflicht diktiert, wieder die Verantwortung der Aktivität zu übernehmen. *R. Br.*

Kommunistische Fälschung

Die KPD. veröffentlicht eine Propagandaschrift „Zehn Jahre Sozialdemokratie“. Wenn in dieser Broschüre alles so wahr ist, wie das, was darin von meinen, von mir längst vergessenen Germanicus-Aufsätzen wiedergegeben ist, so wird man die kommunistische Wahlschrift ein klassisches Beispiel übelster Fälschermethode nennen dürfen. Ich begnüge mich heute mit zwei Feststellungen. Auf Seite 11 behauptet die kommunistische Broschüre, ich hätte geschrieben: „1914 wurde das deutsche Volk in seiner Ganzheit aufgerufen. Der Frieden darf diesem Heerbann keine Entlassung bringen.“ Es soll also der Eindruck erweckt werden: ich hätte die Verewigung der Kriegsbereitschaft des deutschen Heeres oder irgend etwas ähnliches gefordert. In Wirklichkeit habe ich verlangt, daß dem deutschen Volke endlich die volle Demokratie und den Preußen im besonderen das allgemeine Wahlrecht gesichert werde. In der betreffenden Nummer der „Schaubühne vom 21. März 1918“ heißt es: „Die Kopfzahl der Verantwortlichen vergrößert sich. Eine Sicherung für die Zurückdrängung von Willkür und individuellem Ungeschick; eine Erleichterung für die Auswirkung des Determinierten.

Aus solcher Erkenntnis heraus, nicht um der demokratischen Phrase willen, verlangen wir, daß auch, was dieses betrifft, das Ende wie der Anfang sei. 1914 wurde das deutsche Volk in seiner Ganzheit aufgerufen. Der Frieden darf diesem Heerbann keine Entlassung bringen. Insofern müssen die Notgeständnisse bestätigt werden. Nicht etwa aus Dankbarkeit, sondern aus Gründen der Zweckmäßigkeit... Auch hierin wird und muß sich zeigen, daß die politische Entwicklung sich nicht an Formalitäten, nicht an Gemütsphrasen, nicht an Traditionswehmut entscheidet, sondern allein an der Probe der Macht. Solche Machtprobe müssen die preußischen Konservativen erfahren, solche Machtprobe war Niederbarnim.“

Auf Seite 9 der kommunistischen Broschüre wird aus einem Artikel, den ich am 3. Mai 1917 erscheinen ließ, zitiert: „Nur im Zeichen dieser Ströme von Blut, nur im Zeichen des zermalmenden Eisens, das diese Ströme hervorbrechen macht, können wir davon sprechen, daß das Ziel nahe ist. Wir müssen den Kriegswillen der Gegner durch Blut ersticken.“ Unterschlagen wird der Satz, der die beiden soeben zitierten trennt; der lautet: „Wir hassen den Krieg, wir hoffen und sind entschlossen, alles daran zu setzen, daß sich künftighin Möglichkeiten finden, ihn zu vermeiden, ihn durch andere politische Methoden zu ersetzen. Da er nun aber einmal da ist, müssen wir ihn nach den ihm innewohnenden Gesetzen zu Ende bringen. Wir brauchen den Frieden; wir müssen ihn erzwingen.“ Wie willkürlich die kommunistischen Zitate aus meinen Artikeln herausgerissen wurden, mögen übrigens einige andere Stellen des zuletzt genannten Aufsatzes zeigen: „Es ist töricht, einen deutschen Frieden zu erhoffen, da wir im Bündnis den Krieg geführt haben, müssen wir auch mit einem Bündnisfrieden rechnen. Wenn je, so wird sich bei diesem Friedensabschluß die Wahrheit bewähren, daß die Politik die Kunst der Diagonale ist. Es ist darum eine bedenkliche Kurzsichtigkeit, gegen die offen-

kundigen Wünsche und Forderungen der Verbündeten so taub zu sein, wie einige deutsche Zeitungen dies gegen Wien zu sein belieben. Zwar wird sich keiner der verantwortlichen Männer um solche Einseitigkeit der angeblich besten Deutschen kümmern; aber schon als Verstimmungsmoment ist das törichte Geschwätz von einem deutschen Frieden, ist die anmaßende Kritik, die von gewissen Athleten etwa an Oesterreichs Absichten geübt wird, sehr überflüssig. Der Traum vom deutschen Frieden muß ausgeträumt werden Es läßt sich nichts Endgültiges sagen, die Friedensfindung wird ein Balance-spiel mit vielen Kugeln sein ... Alles, was darüber ist, ist Geschwätz. Geschwätz ist die Ländergeometrie der Alldeutschen und aller nationalistischen Makkabäer. Geschwätz ist alles laute Gestöhn über die Schwäche der Regierung, weil sie nicht enthüllt, was verborgen gehalten werden muß. Der Bündnisfriede wird auch ein Verständigungsfriede sein. Vom Kuhhandel nicht gar so sehr verschieden. Aber doch darüber hinaus: Wille zur dauernden Entspannung zum interterritorialem Ausgleich, zur Ausbalancierung möglichst weitgreifender Koalitionen. Niemand wird den Weltfrieden diktieren. Wenn er aber da sein wird, werden die Völker erwachen und werden sehen: die Toten, die Krüppel, die Gewalt, die Scham — und hinter der aufstöhnenden Scham ein neues Land, eine neue Zeit.“

Wenn man bedenkt, daß diese Sätze im Mai 1917 geschrieben wurden von einem Schriftsteller, der unter Vorzensur stand, so wird man verstehen, wenn ich gegenüber den kommunistischen Fälschungen ausdrücklich erkläre, daß ich, der Relativität des Zeitlichen und der Vergänglichkeit solcher Artikel eingedenk, mich meiner Germanicus-Aufsätze keinesfalls schäme.

Robert Breuer.

Wie weit reicht die Berliner politische Intelligenz?

Genosse Hg. schreibt uns: „Die Wahlarbeit verschleppte mich vor einigen Tagen in die Nähe meines geliebten Berlin. Statt des D-Zugs, der uns Redner sonst überall hinwirft, konnte ich gemächlich die Vorortbahn bis Fürstenwalde benutzen und dann einen behaglichen Referenten-Ausflug (immer die Chaussee entlang) machen. Zwei Vororte Fürstenwaldes boten mir eine reiche Erweiterung meiner Kenntnisse politischer Möglichkeiten.“

In dem einen Ort haben die Bürgerlichen für die Kommunalwahlen, die ebenfalls am 4. Mai stattfinden, überhaupt keine Listen aufgestellt. Sie meinen, die Sozialdemokraten bekämen ja doch soviel Stimmen, es lohne sich nicht, dagegen anzukämpfen. Die Kommunisten reichten ihre Vorschlagsliste mit ganzen drei Unterschriften und — einen Tag zu spät ein; sie fallen so ebenfalls aus. Die sozialdemokratische Gemeinderregierung ist damit praktisch schon vor der Wahl gewählt. (Da seht ihr eingebildeten Provinzler, wie weit euch sogar die Umgebung des so oft beschimpften Wasserkopfes Berlin politisch voraus ist!)

Im nahen X., ohne sozialdemokratische Organisation, sprach ich. Dort trampelte mir u. a. ein Draufgänger mit wildesten kommunistischen Zwischenrufen dauernd in meinem Referat herum. Der vom Nachbarort mitgekommene Genosse und Versammlungsvorsitzende flüsterte in mein Ohr: „Es gibt hier am Ort nur eine kommunale Einheitsliste von den Deutschenationalen bis zu den Kommunisten, einer der Kandidaten ist der Zwischenrufer.“ (Da seht ihr eingebildeten Provinzler, wie weit euch sogar die Umgebung des so oft beschimpften Wasserkopfes Berlin politisch — usw. wie oben.)